Nr. 292 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Mittwoch, den 21. Dezember 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zly. Anzeigen unter Text 0.50 Zly. von außerhalb 0.60 Zly. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 12. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Woldemaras über Genf u. Polen-Konflikt

Kowno. Zu den in Genf stattgefundenen Verhandlungen betont Woldemaras, daß die Wilnafrage offengeblieben sei und der Völkerbund durch seinen Beschluß tatsächlich die Entscheidung der Botschafterkonferenz von 1923 aufgehoben habe. Nur in diesem Rahmen konnten sich auch die Verhandlungen mit Polen bewegen. Litauen könnte mit der Lösung in Genf zufrieden sein. Der Völkerbund habe den Kriegszustand aufheben müssen, da tatsächlich Kriegsgefahr bestanden habe. Polen hätte Litauen und seine Grenzen anerkannt, was der Völkerbund zu Protokoll genommen habe. Der Vertrag von Suwalki wäre keineswegs aufgehoben worden. Ueber die Aufnahme des Verkehrs mit Polen würde verhandelt werden, aber auch hier schalte man alle Wilna betreffenden Fragen aus. Den Einwohnern von Wilna könnte man vorläufig die Einreise nach Litauen schwerlich gestatten. Bezüglich der innerpolitischen Verhältnisse erklärte Woldemaras, daß die Bildung einer Koalitionsregierung ganz von den Oppositionsparteien abhänge.

Endgültig mundtot

Kowno. Nach Berichten aus Moskau hat der Präsident der Zentralkontrollkommission im Zusammenhang mit dem Ausschluß der Opposition auf der Partei, diesen Ausschluß als vollkommen bedingungslos bezeichnet. Die Opposition sei also nicht etwa zeitweilig, sondern für immer ausgeschlossen. Damit habe die Opposition amtlich aufgehört zu bestehen. In Zukunft würden die Kampfmaßnahmen der Opposition als gegenrevolutionäre Bewegung angesehen werden. Die „Prawda“ bezeichnet in einem Leitartikel den Ausschluß der Opposition als den ersten Schritt zur Vereinheitlichung der Partei. Man dürfe sich nicht auf halbe Maßnahmen beschränken, sondern müsse alles tun, um die Partei zur Einigkeit zu bringen.

Vor der Entscheidung im deutschen Eisenkonflikt

Berlin. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beurteilt man die Lage im Konflikt in der Eisenindustrie dahin, daß sie mit der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Gewerkschaften durchaus die Entwicklung genommen hat, die man erwartet hatte. Eine Verschärfung ist dadurch nicht eingetreten, ebensowenig wie durch die Ablehnung der Arbeitgeber. Mit Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber am 15. d. Mts. die in Aussicht gestellten Kündigungen nicht vorgenommen haben. In den morgigen Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wird erneut der Versuch gemacht werden, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Gelingt das nicht, so werden sie noch einmal angehört werden, und der Reichsarbeitsminister trifft dann von sich aus die Entscheidung. Nach der früheren Uebung wäre ein neues Schlichtungsverfahren ungewöhnlich.

Es wird damit gerechnet, daß die Nachverhandlungen nur den Dienstag in Anspruch nehmen und die Entscheidung des Reichsarbeitsministers, wenn sie notwendig wird, sehr schnell erfolgen würde um so bald wie möglich zu einer Beruhigung in diesem wichtigen Wirtschaftszweig zu gelangen.

Das Programm der neuen finnländischen Regierung

Helsingfors. Der neue Ministerpräsident hat im finnländischen Reichstag sein Regierungsprogramm verlesen. Darin heißt es u. a., daß die neue Regierung bestrebt sein werde, die Wehrausgaben herabzusetzen, ohne damit die Verteidigung des Landes zu gefährden. Neben anderen Reformen ist eine Herabsetzung der Dienstzeit geplant.

Die Konferenz der Nordosteuropäischen Sozialisten

Berlin. Wie die Morgenblätter melden ist die Berliner Konferenz der nordosteuropäischen Sozialisten ohne Zwischenfall verlaufen. In einer einmütig angenommenen Entschließung gab die Konferenz der Meinung Ausdruck, daß das in Genf abgeschlossene litauisch-polnische Kompromiß infolge Nichtberührung der Wilnafrage keine Lösung darstelle. Da in beiden Staaten das Militärregime herrsche, sei die Wilnafrage heute gefährlicher denn je. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei in Wilna gar nicht berücksichtigt worden. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen beiden Staaten sei notwendig, im Rahmen der Wiederherstellung der Demokratie im Osten.

Sozialistische Einheitsfront in Schlesien

Die P. P. S. sieht darin einen großen Fortschritt.

Wie wir bereits gemeldet haben, ist es zwischen den deutschen und polnischen Sozialisten in der Wojewodschaft Schlesien zu einer Einigung und zum Abschluß eines Wahlblocks gekommen. Der „Robotnik“, das Zentralorgan der P. P. S., widmet diesem Ereignis nachstehenden Artikel, den wir in vollem Wortlaut wiedergeben:

„Mit Stolz und Freude bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß in der gemeinsamen Sitzung des Wojewodschaftsrates der P. P. S. und des Vorstandes der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Schlesien der Beschluß gefaßt wurde, gemeinsame Kandidatenlisten für den Sejm auf dem ganzen Gebiet der schlesischen Wojewodschaft aufzustellen. Damit wurde gegen die Mauer des Nationalismus und des Hasses zwischen zwei Völkern der erste tödliche Stoß gerichtet, ein frischer Luftzug ist kraftvoll in die stickige Atmosphäre der Nationalitätenkämpfe eingedrungen. Der polnische Sozialismus und der deutsche Sozialismus in Polen haben sich die Hände gereicht. Auf die Wagschale des Nationalitätenproblems haben wir nicht nur Worte, sondern eine **Tat** geworfen. Und obwohl die polnischen und deutschen Nationalisten bereits zum heftigen Angriff gegen uns übergehen, wissen wir — die polnischen Sozialisten und die deutschen Sozialisten —, daß wir ein großes Werk vollbracht haben, daß wir durch gemeinsame Anstrengung die Zukunft der Republik und die **Rechte der deutschen Minderheit in Polen**, die Zukunft der Demokratie und die Ehre des Sozialismus retten.

Ueber dem Leben des polnischen Staates schwebte bisher das Gespenst des Nationalismus. Aus ihm erwuchs die Stärke der Nationaldemokratie, auf ihn ist die Entstehung der „Minderheitenblocks“ zurückzuführen. Die Entscheidung unserer schlesischen Genossen, die mit Wissen und Einverständnis der führenden Parteiinstanzen getroffen wurde, die Entscheidung der deutschen Genossen öffnet den Weg zur Lösung strittiger Fragen, führt uns alle auf die richtige Bahn hinaus.

Wir zweifeln jetzt keinen Augenblick daran, daß das polnische Proletariat und das deutsche Proletariat in Schlesien in einheitlicher Front geschlossen zur Wahl gehen wird, daß die Arbeit nicht zuschanden gemacht werden wird, weder durch nationalistische Verleumdungen noch durch die Maulwurfsarbeit der Kommunisten. Die Verhandlungen mit den deutschen Sozialisten des Lodzer Gebietes werden wahrscheinlich denselben Erfolg zeitigen. Wir begrüßen den schlesischen Beschluß mit den Worten:

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die P. P. S.! Es lebe die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens!

Das Blutbad in Kanton

Der russische Vizekonsul hingerichtet.

Hongkong. Aus Kanton wird von vertrauenswürdiger Seite gemeldet, daß Vizekonsul Hassis sich unter den am 14. Dezember hingerichteten fünf Russen befindet. Ein Lichtbild zeigt Hassis nach der Hinrichtung mit auf dem Rücken festgebundenen Händen auf dem Boden ausgestreckt. Der russische Generalkonsul und sein Personal befinden sich noch im Gefängnis. Ueber 1000 Häuser wurden zerstört und in Brand gesteckt. Die Zahl der Getöteten und Verletzten beläuft sich auf 3000. Reiche Chinesen bringen ihre Wertgegenstände in das Ausländerviertel Schamien. Der britische Generalkonsul riet den in der Nähe von Kanton wohnenden Engländern in Schamien Schutz zu suchen, bis wieder Ruhe eingekehrt sei. — Reuter meldet aus Kanton: Während den Unruhen wurden elf Russen, die verschiedene Abteilungen beim Angriff führten, getötet. Angeblich soll ein Beamter des Sowjetkonsulats mit dem Revolver in der Hand getötet worden sein.

Leon Blum für Räumung des linken Rheinufers

Berlin. Wie ein Abendblatt aus Paris meldet, forderte der sozialistische Abgeordnete Leon Blum in einem Artikel über das außenpolitische Programm seiner Partei für die kommenden Wahlen in erster Linie die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, und infolgedessen die Räumung des linken Rheinufers. Als Gegenleistung schlägt er die Organisierung einer internationalen von Nichtmilitär durchgeführten Kontrolle des Rheinlandes und der entmilitarisierten rechten Rheinlandzone vor und erklärte, diese Kontrolle müsse später auch auf die französische Grenzzone ausgedehnt werden. Eine Verkuppelung der Räumungsfrage mit den Verpflichtungen Deutschlands aus dem Dawesplan lehnt Leon Blum ab. Er verlangt ferner die sofortige Räumung des Saargebietes und sagt, Frankreich könne, ohne das Ergebnis der Abrüstungskonferenz abzuwarten, seinen militärischen Apparat verringern.

Der Minderheitenblock

Von Artur Kronig,

Vorsitzender der D. S. A. P., Bezirk Kongreßpolen.

In den politischen Kreisen Polens wird eifrig gearbeitet. Täglich berichten uns die Zeitungen über Verhandlungen und Konferenzen verschiedener Parteien, die der Schaffung von Wahlplattformen und der Bildung von Wahlblocks gewidmet sind. Alle möglichen Bündnisse, oft ganz unnatürlicher Art, werden in Betracht gezogen, um später wieder anderen Kombinationen Platz zu machen. Aus dem Chaos der vielen Parteiverhandlungen zeichnen sich jedoch heute schon die Umrisse der großen Wahlblocks ab, die sich im Kampfe gegenüberstehen werden. Die Rechtsparteien sind fieberhaft bemüht, die polnischen Gruppen der Rechten und des Zentrums unter der Parole des Polentums und des Katholizismus unter einen Hut zu bringen. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob diese Bemühungen den gewünschten Erfolg zeitigen werden, so daß außer dem sogenannten „Katholischen Block“ noch mit einer Wahlgruppe des rechten Zentrums, zu der in erster Linie der „Piast“ und die Christliche Demokratie gehören würden, zu rechnen ist. Die Regierungsparteien haben ihren Block noch nicht fertig. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sie in dieser oder jener Gestalt geschlossen zum Wahlkampf aufmarschieren werden. Fraglich ist noch, ob sich die demokratischen Bauernparteien diesem Block anschließen werden. Auf der linken Seite steht die Polnische Sozialistische Partei, die sich in Blockverhandlungen mit der „Wyzwolenie“ befindet. Zu den Gruppierungen im polnischen Lager werden wir nach Maßgabe der Klärung der Verhältnisse Stellung nehmen. Im Lager der nationalen Minderheiten Polens ist bereits durch die Schaffung des Minderheitenblocks eine gewisse Klärung eingetreten.

Schon im Jahre 1922 schlossen sich die nichtpolnischen Völker Polens zu einem gemeinsamen Wahlblock zusammen, der als Minderheitenbock bezeichnet wurde. Was die Deutschen, Juden, Ukrainer, Weißrussen und Russen der verschiedensten sozialen Schichten damals zusammenführte, war die gemeinsame Not, die nationale Unterdrückung, von der diese Völker und alle Schichten dieser Völker gleichermaßen betroffen waren. Noch ein anderer Umstand zwang diese Völker, insbesondere die im ganzen Lande zerstreut wohnenden Deutschen und Juden, zur Bildung eines großen Wahlblocks, — das waren die ungerechten Bestimmungen der von polnischen Chauvinisten geschaffenen Wahlordnung, deren Zweck es war, den einzelnen Minderheitsvölkern die Erlangung der entsprechenden parlamentarischen Vertretung unmöglich zu machen. Diese beiden Faktoren waren die Schöpfer des Minderheitenblocks, der weite Kreise der nichtpolnischen Völker umfaßte. Sogar tiefgehende Klassenunterschiede wurden überbrückt, und Parteien, die ganz entgegengesetzte soziale Interessen vertreten, gingen in diesem Wahlblock zusammen, um für die Rechte der nationalen Minderheiten zu kämpfen. Von dem ukrainischen Volke waren mit Ausnahme Ostgaliziens alle Parteien im Block vertreten; auch die Weißrussen schlossen sich ohne Unterschied der Parteirichtungen dem Minderheitenblock an. Auch die politisch so stark zersplitterte jüdische Minderheit beteiligte sich mit Ausnahme der jüdischen Sozialisten und der Volkspartei geschlossen am Block. Die deutschen Parteien waren vollzählig im Block vertreten, da auch die Sozialisten mit Ausnahme Schlesiens den Anschluß vollzogen hatten. Ein Block, der so weite Kreise und so verschiedene Klassen umfaßte, konnte Anspruch darauf erheben, ein Block der Völker zu sein, und war es auch.

Ein ganz anderes Bild bietet die zweite Auflage des Minderheitenblocks, die für die bevorstehenden Neuwahlen zustande gekommen ist. Der neue Minderheitenblock umfaßt diesmal nur gewisse Teile der nichtpolnischen Völker. Von dem zahlenmäßig stärksten Minderheitenvolk, den Ukrainern, nimmt nur die nationaldemokratische Partei (Undo) am Block teil, der sich vielleicht auch noch die unbedeutende sozialistische Gruppe „Seljanski Sojus“ zugesellen wird. Eine so starke ukrainische Gruppe, wie der „Selrob“ (Ukrainische Bauern- und Arbeitervereinigung), der eine besonders große Anhängerschaft in Wolhynien besitzt, ist zum entschiedenen Gegner des Minderheitenblocks geworden. Auch ein bedeutender Teil des weißrussischen Volkes wird diesmal den Parolen des Minderheitenblockes nicht folgen. Hier sind es die zahlreichen Anhänger der für illegal erklärten Bauern- und Arbeiterorganisationen „Hromada“, die den Minderheitenblock als Block der besitzenden Klassen bekämpfen. Viel schlimmer sieht es bei den Juden aus. Von den zahlreichen jüdischen Gruppen sind nur die Zionisten Kongreßpolens mit Grünbaum an der Spitze sowie einige unbedeutende Organisationen dem Block beigetreten. Die Zionisten Galiziens und die starke Organisation der orthodoxen Juden „Aguda“ sowie die sozialistischen Parteien des „Bund“ und der rechten und linken „Poale-Zion“ sind dem Block gegenüber feindlich eingestellt. Von den Deutschen haben sich bisher nur die bürgerlichen Gruppen dem Minderheitenblock angeschlossen.

Aus dieser Zusammensetzung ist ersichtlich, daß ein Minderheitenblock in des Wortes voller Bedeutung nicht geschaffen wurde. Das, was heute als Minderheitenblock bezeichnet wird, ist nicht derselbe große Block der Völker, der im Jahre 1922 geschlossen zum Wahlkampf aufmarschierte. Es haben sich diesmal nicht die Völker, sondern lediglich gewisse Parteien der nichtpolnischen Völker zusammengefunden, um einen Wahlblock zu schaffen. Wenn wir uns diese Parteien betrachten, so müssen wir feststellen, daß es in allen Völkern nur die bürgerlichen

Organisationen der besitzenden Klasse, die sich in diesem Block vereinigt haben, während die Arbeiter und Bauern der Minderheiten dem Block fernstehen. Der jetzige „Minderheitenblock" ist also nichts weiter als eine Interessenvertretung der bürgerlichen Parteien der Minderheiten. Da große Massen der Minderheitsvölker außerhalb des Blockes stehen, so sind seine Wahlaussichten selbstverständlich auch geringer als vor 5 Jahren.

Welche Ursachen haben nun einen so bedeutenden Wandel hervorgerufen? Wenn wir vorher festgestellt haben, daß die nationale Unterdrückung und die ungerechten Bestimmungen der Wahlordnung die Minderheiten im Jahre 1922 zum Zusammengehen gezwungen haben, so wissen wir, daß diese beiden Faktoren nach wie vor bestehen. Die Wahlordnung ist mit allen ihren Nachteilen für die Minderheiten dieselbe geblieben und auch das nationale Problem in Polen hat in den vergangenen fünf Jahren keine Lösung gefunden. Wenn trotzdem große Gruppen der nichtpolnischen Völker vom Minderheitenblock abrücken, so ist dies nur dadurch zur erklären, daß sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß die Schaffung eines Minderheitenblockes nicht das geeignete Mittel ist, um den Minderheitsvölkern zu ihrem Recht zu verhelfen. Und in der Tat. Der Minderheitenblock vom Jahre 1922 hat wohl das Minderheitenproblem in seiner ganzen Größe aufgerollt, hat aber dieses Problem um keinen Schritt seiner Lösung näher gebracht.

In erster Linie haben es die sozialistischen Parteien der Minderheiten erkannt, daß der polnische Nationalismus nicht dadurch zu brechen ist, daß ihm ein Nationalismus der Minderheiten entgegengesetzt wird. Ein solcher Kampf der Völker gegeneinander kann nur dazu beitragen, daß die Wogen des Völkerhasses immer höher gepeitscht werden. Außerdem ist es klar, daß in einem solchen Machtkampf die nichtpolnischen Völker unterliegen müssen, weil sie eben in der Minderheit sind und immer in der Minderheit bleiben werden. An Stelle eines solchen Machtkampfes wollen die Sozialisten den Weg der Verständigung mit dem polnischen Volke setzen.

Es ist grundfalsch, wenn das polnische Volk als Ganzes den Minderheiten gegenübergestellt wird. Nicht alle Polen sind Chauvinisten, nicht alle polnischen Gruppen haben sich die Unterdrückung der Minderheiten zum Ziele gesetzt. Die breiten Massen des polnischen Volkes sind an einer Benachteiligung der Deutschen oder Juden oder Ukrainer gar nicht interessiert und haben Verständnis für die national-kulturellen Bedürfnisse der anderen Völker. Hier muß die Verständigung einsetzen. In einer Zusammenarbeit mit den sozialistischen und demokratischen Gruppen des polnischen Volkes liegt der Ausgangspunkt für eine Lösung des nationalen Problems und für die Erlangung der vollen Gleichberechtigung. Die polnischen Sozialisten führen einen scharfen Kampf gegen den polnischen Nationalismus. Ihr Sieg wird zugleich unser Sieg sein und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung bringen.

Die deutschen Sozialisten Schlesiens haben bereits den Weg der Einigung mit den polnischen Sozialisten beschritten. Die D. S. A. P. Kongreßpolens, die den endgültigen Beschluß über die Wahltaktik der gemeinsamen Parteiexekutive übertragen hat, steht gleichfalls in Verhandlungen mit der Polnischen Sozialistischen Partei, um die Einheitsfront des deutschen und polnischen werktätigen Volkes für das ganze Gebiet der Republik herzustellen. Unsere polnische Bruderpartei hat uns die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen den Nationalismus entgegengestreckt. Wir werden diese Hand nicht zurückweisen, wenn die polnischen Sozialisten gleich uns für die national-kulturellen Belange unseres Volkes eintreten werden.

Versuch der Verständigung

Literarisch, geistig gesehen, war Deutschlands Nachbar im Osten immer Rußland. Aufrichtig gesehen ist es immer noch Rußland. Aber zwischen Berlin und Moskau liegt Warschau, liegt Polen, ein Volk von zwanzig Millionen, uns fast unbekannt. Ueber die Notwendigkeit einer deutsch-polnischen Verständigung sind sich alle einig. Aber Handelsverträge allein tun es nicht, wir müssen Polen, Polen muß Deutschland kennen lernen. Die deutsche Gruppe des Pen-Klubs ging den richtigen Weg zu diesem Ziel, als sie zwei polnische Schriftsteller nach Berlin einlud.

Im Marmorsaal des Zoo wurde ihnen zu Ehren ein Bankett gegeben, an dem Kultusminister Dr. Becker, der polnische Gesandte Olszowski, Wilhelm von Scholz und eine Reihe prominenter Berliner Persönlichkeiten teilnahmen.

Vorher hatte man zwei Vorträge der Polen gehört. Der Altphilologe Professor Taddaeus Zielinski sprach sehr vollendet in der Form über das Thema „Der Bauer in der polnischen Literatur". Zwar setzt er bei seinen Hörern ein wenig mehr Vorkenntnisse über die polnische Literatur voraus, als vorhanden waren, aber der Vortrag war dennoch geeignet, uns Laien zu informieren und zu interessieren. Nach ihm sprach der Romanschriftsteller (und Pilsudski-Mann) Julius Kaden-Bandrowski über die Situation der polnischen Literatur. Seine sehr bildreiche Sprache war (obgleich er, wie sein Vorgänger, fließend deutsch sprach) nicht ganz leicht zu verstehen. Man mußte höllisch aufpassen, um zu begreifen, was Kaden-Bandrowski jeweils mit seiner Ausdrucksweise meinte. Ganz klar wurde mir die Lage der polnischen Literatur nicht. Aber man verstand deutlich den Willen zur Verständigung nach Westen (und Ablehnung des Ostens). Jahrhundertelang haben die polnischen Dichter für die Befreiung ihrer Nation gekämpft. Von diesem nationalen, kriegerischen Geist alter Tradition können sie sich heute noch nicht ganz befreien. Die Vorträge und die Vortragenden wurden mit warmem Beifall belohnt.

Ob die Organisation des Abends gut war, sei dahingestellt. Das Publikum hätte weit zahlreicher sein können; auch sah ich außer Wilhelm von Scholz keinen einzigen unserer Schriftsteller. Sechs Uhr nachmittags war für Berlin eine schlicht gewählte Zeit, und es würde nichts geschadet haben, hätte man auf der Einladung vermerkt, die Vorträge fänden in deutscher Sprache statt. Auf dem Bankett sprachen Minister Dr. Becker, Wilhelm von Scholz, der auf die Aufgabe der Literatur in der Völkerverständigung hinwies, und der polnische Gesandte, der dem Pen-Klub seinen Dank für seine gute Arbeit aussprach.

Beschlüsse des Genfer Wirtschafts-Komitees

Genf. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat sich in der letzten Sitzung mit der Vorbereitung einer Konferenz für offizielle Statistik befaßt, die für November des nächsten Jahres vorgesehen ist. Das Wirtschaftskomitee nahm den Bericht des Präsidenten der Internationalen Handelskammer, Pirelli, entgegen, in dem dieser mitteilte, daß die Internationale Handelskammer soeben ein Komitee für Industrielle Statistik geschaffen habe. Den Vorsitz in diesem Komitee führe der Italiener Alivetti. Zu den drei Vizepräsidenten gehöre der deutsche Vertreter Kastl. Dieses Komitee sei beauftragt worden, in Gemeinschaft mit den Internationalen Produzentenverbänden die Methoden der Produktionsstatistik zu prüfen und Verbesserungen auszuarbeiten, um eine Uebereinstimmung der Internationalen Statistiken mit der Vereinheitlichung der Zollnomenklatur herbeizuführen.

Das Wirtschaftskomitee beschäftigte sich ferner mit den Fragen der Ausfuhr von Fellen und Knochen. Das Wirtschaftskomitee beschloß, die Vertreter der an dieser Frage interessierten Staaten zum März zu einer Konferenz einzuladen, um die noch bestehenden Vorbehalte zu beseitigen.

Ferner beschäftigte sich das Wirtschaftskomitee mit dem Problem der Senkung der Zolltarife. Es wurde ein Unterkomitee eingesetzt, dem Stucki-Schweiz, Schüller-Oesterreich und Dolezal-Polen angehören. Es soll die Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierkrankheiten beraten.

Eine Sowjetspionage-Organisation in Finnland?

Helsingforsh. Wie das hier erscheinende schwedische Blatt „Hufvudstadsbladet" mitteilt, machen die sowjetrussischen Militärspione alle Anstrengungen, um sich in den Besitz genauester Angaben über die finnische Landesverteidigung zu setzen. Aus einer Veröffentlichung des russischen Generalstabes könne man klar ersehen, daß es den Spionen gelungen sei, lückenloses Material zu erhalten, da die graphischen Tabellen eine verblüffende Genauigkeit aufweisen.

Begegnung Coolidges mit Calles?

Berlin. Wie ein Abendblatt aus Neuyork berichtet, verlautet in Mexiko-City, daß angesichts des Stimmungsumschwungs zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko auch Calles plane, an der panamerikanischen Konferenz in Havanna im Januar persönlich teilzunehmen. Das würde die Wichtigkeit der Konferenz noch vergrößern, da damit Gelegenheit zur persönlichen Aussprache zwischen Coolidge und Calles gegeben ist.

Oberpräsident Zimmer bleibt

Berlin. Zu der Meldung des Berliner „Lokalanzeigers" wonach der preußische Innenminister den Regierungspräsidenten von Düsseldorf Bergemann für die Uebernahme des Oberpräsidiums von Niederschlesien vorgesehen habe, erfahren wir, daß die zuständigen preußischen Stellen bisher keinerlei Veranlassung genommen haben, die Frage eines Wechsels im Oberpräsidium der Provinz Schlesien in Erwägung zu ziehen. Es wird auch als unwahrscheinlich erklärt, daß in einem solchen Falle die Wahl auf den Regierungspräsidenten Bergemann fallen werde.

Die Folgen der siebenbürgischen Studentenunruhen

Budapest. Ueber die Folgen der siebenbürgischen Studentenunruhen äußerte sich dem Vertreter der Telegraphen-Union gegenüber der heute aus Siebenbürgen hier angekommene Vizepräsident der ungarischen Landespartei Rumäniens, Dr. Elemer von Jakabffy. Er meint, die allgemeine Entrüstung und Empörung über die Studentenexzesse, die sich ohne Parteiunterschied in der gesamten Weltpresse gezeigt hätte, habe auf die Regierung Bratianu einen sehr starken Eindruck gemacht, woraus die Minderheiten gewisse Hoffnungen schöpfen könnten. So z. B. habe bis jetzt die jüdische Minderheit in Rumänien für kulturelle Zwecke nur eine Staatsunterstützung von 400 000 Lei erhalten. Jetzt habe Ministerpräsident Bratianu dem jüdischen Abgeordneten Mildermann mitgeteilt, daß diese Staatsunterstützung im Budget auf 10 Millionen erhöht werde. Dieses Entgegenkommen berechtige die ungarischen und deutschen Minderheiten zu der Annahme, daß sie nach jahrelangem, vergeblichem Bemühen vielleicht endlich ihre auf den Minderheitenschutzverträgen fußende Staatsunterstützung erhalten werden, ohne die sie ihre Schulen nicht aufrecht erhalten könnten. Auf die Frage, ob ein Regierungswechsel in Rumänien bevorstehe, antwortete Dr. Jakabffy, das sei vorläufig unwahrscheinlich, da der Führer der Opposition, Dr. Maniu, zu einem Kompromiß nicht geneigt sei.

Neuwahlen in Mecklenburg-Strehlitz

Neu-Strelitz. Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium gibt bekannt, daß auf Grund der am letzten Sonnabend vom Staatsgerichtshof in Leipzig gefällten Entscheidung die Landtagswahl vom 3. Juli 1927 ungültig sei und daß daher Neuwahlen stattfinden müßten. Die Regierung beraumt Neuwahlen auf Sonntag, 29. Januar 1928 an. In ihrer Bekanntmachung überträgt die Regierung die Befugnisse des Landtages auf Grund des § 20 des Landesgrundgesetzes dem Landesausschuß, der von dem auf Grund der Wahlen vom 8. Juli 1923 gewählten Landtag bestellt war.

Ein Memorandum der Nankingregierung

Peking. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat der Außenkommissar Li im Auftrag der Nankingregierung den Vertretern der Mächte ein Memorandum überreicht, in dem die Vorwürfe der Sowjetregierung bezüglich der Verletzung der Immunität der russischen Konsuln zurückgewiesen werden. Die Nankingregierung habe nichts gegen die Freundschaft mit dem russischen Volk, doch müsse sie sich aus Selbsterhaltungsgründen vor kommunistischer Propaganda schützen. Die Nankingregierung habe ausreichendes Material zur Verfügung, das unzweideutig beweise, daß die russischen Konsuln in engster Beziehung zur kommunistischen Bewegung gestanden hätten. Der Abbruch der Beziehungen zu Moskau sei eine provisorische Maßnahme, die aufgehoben werden könnte sobald die Gewißheit bestehe, daß die russischen Vertreter keine Propaganda betreiben und begünstigen.

Arbeitslosenunruhen in Palästina

London. In Petek Tikvah, der größten jüdischen Kolonie Palästinas, kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und britischer Gendarmerie. Dabei wurden 15 jüdische Arbeiter, darunter drei Frauen, verwundet. 20 Personen wurden verhaftet. Das Regierungsgebäude wurde für den Fall weiterer Ausschreitungen mit einem Stacheldrahtverhau umgeben.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

53)

Wir brachten also die schöne Orientalin und ihren kleinen Bruder aus dem luxuriösen Heim und der verrufenen Umgebung fort. Wir erfuhren von Karamaneh noch mancherlei von Fu-Mandschu, doch wenig nur über sie selber.

„Wer bin ich? Bedeutet meine armselige Geschichte für irgend jemand etwas?" wehrte sie ab, wenn man sie fragte, und ließ die langen Wimpern über ihre dunklen Augen sinken.

Anfänglich hatte der Chinese, wie Karamaneh berichtete, sieben Dakoits nach England mitgebracht. Wie man weiß hatten wir die Schar dieser Burmanen ziemlich gelichtet. Wahrscheinlich war im Verlauf unserer Abenteuer nur noch ein einziger übriggeblieben. Sie hatten in einem Zigeunerwohnwagen auf einem Terrain in der Nähe des Hauses von Windsor kampiert; und die Themse bildete ihren Verbindungsweg. Andere Mitglieder der Bande hatten ihren Aufenthalt in verschiedenen Teilen des Ostviertels, wo Matrosen aller Nationalitäten zusammenströmten, mit Shen-Yans Rasiersalon als Hauptquartier. Das Blockschiff diente dem Doktor seit seiner Ankunft in England als Laboratorium für seine gefährlichen Experimente.

Gelegentlich erkundigte sich Nayland Smith danach, ob der Chinese ein eigenes Seeschiff besessen habe. Karamaneh bejahte dies. Allerdings war sie selber nie an Bord gewesen, hatte es auch nie zu Gesicht bekommen und vermochte daher über sein Aussehen keine Aufklärung zu geben. Angeblich war es bereits nach China unterwegs.

„Wissen Sie bestimmt," fragte Smith, „daß es fort ist?"

„Ich glaube, ja. Denn wir sollten auf einem anderen Wege folgen."

„Aber es würde Fu-Mandschu doch schwer gefallen sein, mit einem Passagierdampfer zu entkommen?"

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie seine Pläne waren."

In einem Zustand sonderbarer Ungewißheit, die leicht zu begreifen ist, verbrachten wir die Tage, die der Tragödie folgten, die uns eines treuen Mitarbeiters beraubt hatte.

Lebhaft erinnere ich mich an eine Szene in der Wohnung des bedauernswerten Weymouth in Maple Cottage, als wir dort einen Besuch abstatteten und bei dieser Gelegenheit den Bruder des Vermißten kennenlernten.

„Ihr wackerer Bruder ist eines tapferen Todes gestorben," tröstete ihn Nayland Smith. „Wenn es seine einzige brave Tat gewesen wäre, daß er die Welt von Fu-Mandschu befreite, so hätte er seinen Daseinszweck schon reichlich erfüllt."

„Es gibt zweierlei, was ich nicht verstehe", erwiderte James Weymouth gepreßt. „Was bedeutete das gräßliche Lachen, das die Flußpolizei im Nebel hörte, und wo sind die Leichen?"

Karamaneh, die neben mir saß, zuckte schreckhaft zusammen. Smith richtete den Blick auf sie.

„Diese Dame, Herr Weymouth, ist vielleicht imstande, Ihre erste Frage zu beantworten. Sie und ihr junger Bruder weilten eine Zeitlang in Fu-Mandschus Hause. In Wirklichkeit war Karamaneh, wie ihr Name schon andeutet, seine Sklavin."

Mit mühsam verhehltem Mißtrauen prüfte James Weymouth die Züge des schönen Mädchens. „Sie sehen nicht aus, als ob Sie aus China gekommen seien, Fräulein", bemerkte er mit einer Art gezwungener Bewunderung.

„Ich stamme auch nicht aus China. Mein Vater war ein Beduine. Aber meine Geschichte tut hier nichts zur Sache." Manchmal lag etwas Gebieterisches in ihrem Auftreten, und ihr melodischer Akzent unterstrich diesen Eindruck noch. „Als Ihr tapferer Herr Bruder und sein Gegner in den Fluten verschwanden, hielt Dr. Fu-Mandschu eine gifthaltige Spritze in der Hand. Das Lachen bedeutet leider, daß die Spritze ihre Aufgabe erfüllte. Ihr Bruder war in Wahnsinn verfallen!"

James Weymouth wandte sich ab, um seinen Schmerz zu verbergen. „Was befand sich in der Spritze?" fragte er kaum vernehmbar.

„Eine gewisse Substanz, gewonnen aus dem Gift eines Tieres, das man in manchen chinesischen Sümpfen antrifft. Sie erzeugt Irrsinn, führt jedoch nicht unbedingt zum Tode."

„Die Aussicht auf Rettung würde auch nur gering gewesen sein," erklärte Smith, „selbst wenn er sich im Vollbesitz seiner Geisteskräfte befunden hätte. Wir trieben in ziemlicher Entfernung vom Lande, und der Nebel war undurchdringlich."

„Aber wie erklären Sie die Tatsache, daß man die Ertrunkenen nicht fand?"

„Ryman von der Flußpolizei sagte, mir daß Personen, die an jenen Stelle versinken, nicht immer aufgesicht werden — oder erst geraume Zeit später."

Aus dem Zimmer über uns drang schwaches Geräusch. Das niederschmetternde Ereignis auf der Themse hatte die Witwe Weymouths aufs Krankenlager geworfen.

„Und doch ist ihr nur die Hälfte erzählt worden", sagte ihr Schwager. „Und von der Injektionsspritze weiß sie nichts."

„Hat sich der Zustand schon etwas gebessert?" erkundigte sich Smith teilnahmsvoll.

„Nur wenig. Meine Schwägerin befindet sich seit dem Augenblick, da sie die Nachricht erhielt, in einem halb bewußtlosen Zustand. Zuerst fürchteten wir für ihren Verstand. Sie schien Visionen zu haben,"

Smiths Interesse war erwacht. „Was für Visionen?" fragte er schnell.

James Weymouth nagte nervös an der Unterlippe. „Meine Frau war bei ihr, seit es geschah. Die letzten drei Nächte hat die arme Witwe stets um die gleiche Zeit — halb drei — geschrien, daß jemand an die Tür klopfe."

„Welche Tür?"

„Die Tür dort — die Haustür." Aller Blicke wandten sich in die angedeutete Richtung. „John kam sehr oft um halb drei vom Dienst nach Hause," ergänzte Weymouth, „und daher glaubten wir natürlich, daß die arme Mary fiebere. Aber heute nacht konnte meine Frau nicht schlafen, und um halb drei war sie wach."

„Und?" Smiths Augen blitzten.

„Auch sie hat es gehört!"

„Und weiter?"

„Sie fürchtete sich aber, sich zu bewegen oder aus dem Fenster zu sehen."

Mein Freund wandte sich mir zu und sah mich scharf an. „Eine subjektive Halluzination, Petrie?"

„Dem Anschein nach", meinte ich. „Sie müssen dafür sorgen, Herr Weymouth, daß Ihre Frau abgelöst wird. Die Pflege wird sie überanstrengt haben. Es ist eine schwere Aufgabe für eine ungeübte Kraft."

(Fortsetzung folgt.)

Mittwoch, den 21. Dezember 1927

Polnisch-Schlesien

Die Warschauer Regierung zum Achtstundentag

Einer Einladung seitens der Regierung zufolge begab sich eine Delegation aus Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten nach Warschau, um mit den maßgebenden Stellen über die Wiedereinführung des Achtstundentages in Polnisch-Oberschlesien zu verhandeln. Die Verhandlungen leitete der Direktor des Departements beim Arbeitsministerium, Herr Drecki; anwesend war auch der Abteilungschef desselben Ministeriums für Polnisch-Oberschlesien, Herr Rozkowski und der Demobilmachungskommissar Gallot. Zeitweilig nahm auch Herr Ulanowski an den Verhandlungen teil, welche gestern vormittags 11 Uhr begannen.

Herr Drecki führte in seinen einleitenden Worten ungefähr dasselbe aus, was auch seitens des Herrn Gallot gesagt wurde, daß also die Regierung unabhängig davon, wie die Verhältnisse in Deutschland in der Arbeitszeitfrage sich gestalten sollten, hier in dieser Beziehung selbständig vorgehen will. Im Laufe der Verhandlungen geriet auch Herr Drecki mit diesem Grundsatz oft in Kollision, indem er wiederholt betonte, daß man die Entwicklung in Deutschland beobachten müsse, weil der in Deutschland gefällte Spruch gewissermaßen eine Verschleierung der Dinge bedeutet. Man stehe aber in Warschau bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien den Dingen wohlwollend gegenüber, um auch in dieser Beziehung Polnisch-Oberschlesien mit dem übrigen Polen zu vereinigen. Ab 1. Januar 1928 beabsichtige die Regierung einigen schwerarbeitenden Kategorien am Feuer den Achtstundentag zu geben und auch in den anderen Betrieben soll dieses geschehen, so wie die technischen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Seitens der Delegation, die diesesmal eine festere Marschroute mitbrachte, ist auf die im allgemeinen gehaltenen regierungsseitigen Erklärungen zunächst auf den bestehenden Beschluß des Betriebsrätekongresses verwiesen worden und betont, daß man diesesmal nicht mit leeren Versprechungen nach Oberschlesien zurückkehren wolle. Man verlangte vor allem die Aufhebung der Regierungverordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit und Erlaß einer neuen Verordnung, welche die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit eng umreißt. Schließlich sollte ein regierungsseitig fest umrissener Plan der Delegation mit auf den Weg gegeben werden. Die Prosperität der Werke lasse eine restlose Ueberführung sämtlicher Kategorien in den Eisenhütten unbedingt zu, während bei den Metallhütten überhaupt kein Grund vorhanden war und ist, die Arbeitszeit auch fernerhin über 8 Stunden hinaus zu verlängern. Ferner wurde noch verlangt, daß nach der Verordnung jede über 8 Stunden geleistete Arbeit mit einem prozentualen Zuschlag zu entgelten sei. Endlich solle in dem Falle, falls nicht alle Betriebe ab 1. Januar 1928 restlos den Achtstundentag erhalten sollten, der Tag bestimmt werden, an dem der letzte Mann im Betriebe den Achtstundentag erhält.

Daraufhin zogen sich die Regierungsvertreter zu einer Sonderbesprechung zurück und gab Herr Drecki nach Wiederkehr zur Delegation folgende Erklärung ab:

Den von der Delegation aufgestellten Forderungen stehen die Forderungen der Industriellen gegenüber. Deswegen müsse die Regierung mit dem Ressort für Handel und Industrie versuchen, diese beiderseitigen Forderungen in Einklang zu bringen. Grundsätzlich stehen aber der Aufhebung der Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit keine Schwierigkeiten mehr im Wege, jedoch können wir aus formellen Gründen erst in einigen Tagen nach Rücksprache mit allen kompetenten Stellen ihnen einen eng umrissenen Plan geben, und auch den Endtermin für die restlose Ueberführung festsetzen. Schon jetzt könne aber den Gewerkschaften gesagt werden, daß in den Metallhütten den bereits eingereichten Anträgen in dieser Beziehung Rechnung getragen wird, so daß auch die Maurer an den Oefen und die übrigen bereits genannten Betriebe den Achtstundentag erhalten. Dieses gilt für alle Metallhütten, jedoch ausschließlich der Graf-Lazy-Hütte in Radzionkau, wo die Gefahr der Stillegung noch nicht beseitigt ist.

In den Eisenhütten kämen zunächst die Stahlwerke und Stahlgießereien in Frage, ferner die restlichen Kategorien der Hochöfen und Kokereibetriebe, wie auch die Heizereien und Kesselbetriebe. Für die Walzwerke kämen zunächst die Ofenleute in Frage, während bei der Ueberführung der übriger Kategorien im Walzwerk jetzt noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen ist. Die übrigen Eisen- und Metallgießereien müssen vorerst noch beobachtet werden. Die gleiche Beobachtung erfordern auch die Lokomotivbetriebe. Zur Frage der vorläufig noch nicht überführten Arbeiter und der Bezahlung mit Prozenten der über acht Stunden hinaus verfahrenen Arbeitszeit könne die Regierung noch keine Stellung nehmen, weil dieses vollkommen neu ist. Die endgültige Liquidation der verlängerten Arbeitszeit solle schließlich den Verhältnissen in Deutschland angepaßt werden.

Die Gewerkschaften gaben daraufhin den Regierungsvertretern zu verstehen, daß diese Formulierung für die Arbeiterschaft ungenügend ist und deshalb der Beschluß des Betriebsrätekongresses am 2. Januar 1928 wohl zur Ausführung kommt, falls die Regierung nichts Bindendes vorher den Gewerkschaften geben kann. Nun gab Herr Drecki die bindende Zusage, daß noch vor den Feiertagen den Gewerkschaften ein fest umrissener Plan zugehen wird.

Somit beschlossen die Gewerkschaften den für morgen angesetzten Betriebsrätekongreß bis zu der Zeit zu verschieben, bis ihnen dieser Plan zugehen wird.

Aus der Bergarbeiterbewegung

Nachdem die Arbeitsgemeinschaft den bisherigen Lohntarif im Bergbau zum 1. Januar 1928 gekündigt hatte, erfolgte ein pulsierendes Leben unter den Belegschaften. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat für Sonntag, den 18. d. Mts., mehrere Mitgliederversammlungen einberufen. So in Bismarckhütte, Domb, Zawodzie, Schlesiengrube, Nikolai und Ober-Lazisk wurden die fälligen Generalversammlungen der obengenannten Zahlstellen einberufen, wo hauptsächlich die Jahresberichte der Vertrauensleute der einzelnen Zahlstellen und auch Neuwahlen der Ortsverwaltungen vorgenommen wurden. Bei allen diesen Versammlungen wurden seitens der Versammelten heftige Klagen erhoben über die Ausbeutung der Bergarbeiter, die schlechte Bezahlung unter dem Tarif usw. Fast überall wurde beschlossen, in der Arbeitsgemeinschaft zu verbleiben, um die zukünftigen Lohnforderungen erfolgreich durchführen zu können. In Bismarckhütte und Ober-Lazisk sprach Kamerad Ritzmann, der auf Grund von Unterlagen und Berechnungen verschiedene Angaben über die Kohlenproduktion der einzelnen Bergwerke vorführte. Fast auf allen 46 Steinkohlenbergwerken, die im Jahre 1926 verzeichnet waren, blieb im Vergleich zum Jahre 1922 die Belegschaftszahl erheblich geringer und die Förderungsziffern sind erheblich gestiegen. Selbst gegenüber 1913 sind heute die Förderungszahlen weit hinaus, obwohl sie zu dem Jahre 1922 fast um 50 Prozent gesunken seien. Alle Versammlungen hatten ein reges Interesse an den Ausführungen der einzelnen Referenten. In Ober-Lazisk hatten die Versammelten eine Protestresolution einstimmig angenommen gegen die Entrechtung der Bergarbeiterschaft, gegen die Entlohnung unter Tarif und gegen hohe Festsetzung von Soll, den die Bergarbeiter nicht leisten können, weil es über ihre Kräfte hinausgeht. Eine Anzahl Neuaufnahmen brachten die Referenten nach dem Büro.

Gewerkschaften und Betriebsräte zur Enquetekommission

Mit Anfang des Jahres ging durch die Tagespresse die Nachricht, das eine Kommission, eingesetzt durch die Warschauer Regierung, Oberschlesien bereisen wird, um über alle Verhältnisse in der Industrie unter der Arbeiterschaft in punkto sozialer, hygienischer Lage zu untersuchen und darüber grundlegend eine Statistik für das Ministerium zu schaffen.

Die Gewerkschaftseinrichtungen wurden gelegentlich der Einführung dieser Kommission nach dem schlesischen Sejm berufen, wo unter Anwesenheit der einzelnen Delegationsmitglieder die Wichtigkeit der Kommission besprochen wurde. Man betonte ausdrücklich, daß die einzelnen Gewerkschaften der Kommission bei Erörterung der einzelnen Fragen auch behilflich sein müssen. Von Oberschlesien war nur der Gewerkschaftsführer Pietrzak durch die Regierung nominiert worden. Für den Zentralverband hatte man den Sejmabgeordneten Stainczyk eingesetzt.

Nach all dem schönen Reden haben wir im Laufe der Zeit nur erfahren können, daß die Enquetekommission fleißig die Hütten und Gruben bereist und sich von den einzelnen Verwaltungen die notwendigen Zahlen erbittet. Bisher haben wir noch nirgends gehört, daß diese Kommission die Betriebsräte oder Gewerkschaften angerufen hätten. (Arbeitgeber müssen mit sehr geschickten Zahlen operieren, daß eine Nachprüfung bei den Gewerkschaften sich bisher erübrigt hatte. In der letzten Zeit haben wir nun feststellen müssen, daß auf Drängen des Betriebsrates bei einer Verwaltung diese Kommission schließlich ein Mitglied zum Betriebsrat entsandte, um mit ihm über die Lage der Hütte und über die Tätigkeit der Betriebsvertretung zu sprechen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man von vornherein annimmt, daß sich die Arbeitgeber in der Aeußerung zum Betriebsrätegesetz und der daraus entstammenden Betriebsvertretung sehr ungünstig äußern, weshalb die **Betriebsräte** sich entschlossen haben, durch die Tarifgemeinschaft der Eisen- und Metallhütten ein Memorial über die Wichtigkeit der Betriebsvertretung an die Enquetekommission zu richten. Aus dem Material dieses Memorials entnehmen wir:

„Das Betriebsrätegesetz als solches, regelt die einzelnen Aufgaben der Betriebsvertretungen, welche auf Grund dieses Gesetzes fest verankert sind. Die Praxis hat gezeigt, daß das Gesetz in der verwirrten wirtschaftlichen Nachkriegszeit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangt hat. Dann ist nicht zu leugnen, daß selbst der Arbeitgeber seine bisherigen Vorteile nur der Neuordnung die dieses Gesetz mit sich brachte, zu verdanken hat. Soweit der Arbeitgeber dieser dadurch geschaffenen Lage volle Beachtung schenkte, erreichte er im Verkehr mit den gesetzlich gewählten Betriebsvertretungen eine selbstverständlich sehr nützliche Zusammenarbeit. Die Mitglieder der Betriebsvertretungen haben fast ohne Ausnahme dem Unternehmertum Verständnis gezeigt und nur dem Umstande solcher Zusammenarbeit ist zu verdanken, daß schon kurze Zeit nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die Produktion sich allgemein hob und heute einen Stand erreichte, welcher den vorkriegszeitlichen über ein ganz besonders erhebliches Maß übersteigt.

Es wäre verkehrt und unlogisch, sollte die Annahme bestehen, daß das Betriebsrätegesetz in den wirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen in bezug auf Leistungssteigerungen sich als hemmend zeigte und zeigt.

Die Arbeitnehmerschaften können auf das ihnen durch das Betriebsrätegesetz verbriefte Recht unter keinem Preis verzichten. Die immermehr fortschrittliche Zeit verlangt gebieterisch, daß in einem auf demokratischen Grundgedanken aufgebautes Staatswesen, der einzelne Arbeitnehmer als schaffende Kraft durch die Vertretungen, wie sie das B. R. G. vorsieht, auch gehört werde. Es gibt unter anderem tausende von Fällen, wo die Arbeitgeber wiederholt versuchten ihre Untergebenen zum willenlosen Werkzeug herabzusetzen, in dem Bestreben, sie als Produktionsfaktor nicht gelten zu lassen. Ueber die einzelnen Aufgaben der auf Grund des B. R. G. hervorgegangenen Arbeitnehmervertretungen sagt der § 66 des genanten Gesetzes. Er sagt folgendes: Der Betriebsrat hat die Aufgabe:

1. In Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen.
2. In Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten.
3. Den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren; insbesondere vorbehaltlich der Befugnisse der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten (§ 8), bei Streitigkeiten des Betriebsrats, der Arbeitnehmerschaft, einer Gruppe oder eines ihrer Teile mit dem Arbeitgeber, wenn durch Verhandlungen keine Einigung zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schiedsstelle anzurufen.
4. Darüber zu wachen, daß die in Angelegenheiten des gesamten Betriebes von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle durchgeführt werden.
5. Für die Arbeitnehmer gemeinsame Dienstvorschriften und Aenderungen derselben im Rahmen der geltenden Tarifverträge nach Maßgabe des § 75 mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren.
6. Das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmerschaft einzutreten.
7. Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrats entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken.
8. Auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.
9. An der Verwaltung von Pensionskassen und Werkswohnungen sowie sonstiger Betriebswohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken bei letzeren jedoch nur, sofern nicht bestehende für die Verwaltung maßgebende Satzungen oder bestehende Verfügungen von Todeswegen entgegenstehen oder anderweitige Vertretung der Arbeitnehmer vorsehen.

Noch wichtiger sind die den Gruppenräten zugewiesenen Aufgaben. Es verlohnt sich die Bestimmungen des § 78 des B. R. G. im nachfolgenden wörtlich wiederzugeben. Sie lautet Ziffer 1 bis 9.

1. Darüber zu wachen, daß in dem Betriebe, die zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften und die maßgebenden Tarifverträge sowie die von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle durchgeführt werden.
2. Soweit eine tarifverträgliche Regelung nicht besteht, im Benehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, namentlich auch bei der Festsetzung der Akkord- und Stückkohlensätze oder der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze,
   bei der Einführung der Lohnungsmethoden,
   bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit,
   bei der Regelung des Urlaubs der Arbeitnehmer,
   bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge im Betriebe.
3. Die Arbeitsordnung oder sonstige Dienstvorschriften für eine Gruppe der Arbeitnehmer im Rahmen der geltenden Tarifverträge nach Maßgabe des § 80 mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren.
4. Beschwerden zu untersuchen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken.
5. In Streitfällen den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigung oder Schiedsstelle anzurufen, wenn der Betriebsrat die Anrufung ablehnt.
6. Auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren seiner Gruppe im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.
7. Bei Kriegs- und Unfallbeschädigten für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung durch Rat, Anregung, Schutz und Vermittlung bei dem Arbeitgeber und den Mitarbeitnehmern tunlichst Sorge zu tragen.
8. Soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, nach Maßgabe der §§ 81 bis 83 mit dem Arbeitgeber Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern der Gruppe in den Betrieb zu vereinbaren.
9. Nach Maßgabe der §§ 84 bis 90 bei Entlassungen von Arbeitnehmern der Gruppe mitzuwirken.

Sich dieser Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zu entledigen, bedeutet es für die Arbeitnehmervertretung, das selbstverständlich nicht veräußerliches Recht erhalten und gleichzeitig dabei der Arbeitgeber als irgend nur tunlich verschont bleibt und sein Betrieb dadurch keine Erschütterung erfährt. Es muß unterstrichen werden, daß der einzelne Arbeitnehmer für den Fall, daß B. R. G. fortfiele, bei Entlassungen gänzlich der Willkür des Arbeitgebers anheimfiele. Augenblicklich setzt nun das neue Arbeitsrecht ein, welches Gekündigten unter bestimmten Voraussetzungen, wenn nämlich mehrere Gründe oder ein vom Gesetz gemißbilligter Grund zur Kündigung vorliegt, in einem besonderen Verfahren beim Schlichtungsausschuß das Recht gibt. Ansprüche aus § 87 des B. R. G. auf Zahlung einer Entschädigungssumme geltend zu machen. (Vergl. § 84 des B. R. G.). Endlich sind die Mitglieder der Betriebsvertretungen gegen Beschränkung in der Ausübung ihrer Tätigkeit wie auch gegen jedwede Benachteiligung durch die besonderen Bestimmungen des § 95 geschützt.

Der einzelne Arbeitnehmer hält es darum als seine vornehmste Pflicht die Existenz des B. R. G., das eine bedeutende Errungenschaft auf dem sozialen Gebiet ist, mit allen ihm gesetzlich erlaubten Mitteln zu verteidigen, zumal eine Kassierung dieses Gesetzes einen erheblichen Rückschritt für den betr. Arbeitnehmer bedeutet. Soweit das entnommene Material.

Wir, Mitglieder gesetzlich gewählter Betriebsvertretung, müssen daher unseren Halt, bei unseren Gewerkschaften suchen und glauben daher, daß es ihnen gelingen wird, die Existenz des Betriebsrätegesetzes zu erhalten. Von der Tarifgemeinschaft wird man ebenfalls eine Stellungnahme dazu erwarten, um schließlich nicht widerspruchslos die Enquetekommission abfahren zu sehen.. Die Tarifgemeinschaft wird unter allen Umständen darauf drängen müssen, sich Ausschnitte aus den Berichten der einzelnen Verwaltungen durch die Enquetekommission geben zu lassen, ganz gleich, ob sie schriftlich oder mündlich sind, um aus ihrer Erfahrung heraus die Richtigkeit oder Unrichtigkeit zu bestätigen, letzten Endes darauf das Sammelurteil der Enquetekommission nicht einseitig auf dem Material der Arbeitgeber sich stützen, sondern muß rein demokratisch beide Seiten zum Worte kommen lassen und von beiden Seiten die Meinung zu einer einheitlichen im Berichte zum Ausdruck bringen.

Der Betriebsrätekongreß findet nicht statt

Der für Mittwoch nach dem Dom Ludowy in Königshütte angesetzte Betriebsrätekongreß der Eisen- und Metallhütten findet nicht statt. Der nächste Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Unterschiedliche Behandlung der deutschen und polnischen Kriegsinvaliden in der Wojewodschaft Schlesien

Vor kurzem brachten wir einen Bericht, wonach der Antrag des deutschen Kriegsverletztenverbandes um Genehmigung einer Listensammlung, deren Ertrag zu einer Weihnachtseinbescherung verwendet werden sollte, vom Slonski Urzond Wojewodzki abgelehnt worden ist. Die Ablehnung stützte sich auf den Umstand daß die Bürgerschaft von Groß-Kattowitz mit bereits genehmigten ähnlichen Sammlungen ohnehin überlastet sei. Der Antrag des deutschen Verbandes datierte vom 6. Oktober, die Ablehnung vom 25. November 1927. Am 2. Dezember d. J., also zwei Monate später als der deutsche Verband, reichte die Legija inwalidow wojsk polskich einen Antrag derselben Art ein. Dieser polnische Verband durfte den zusagenden Bescheid bereits nach zehn Tagen entgegennehmen. Der schnelle und schöne Erfolg ist der Legija von Herzen zu gönnen. Auch dort herrscht unter der Mitgliedschaft bittere Not. Deshalb soll auch die Gegenüberstellung dieser beiden Fälle lediglich dem Zweck dienen, die unterschiedliche behördliche Behandlung eines deutschen und eines polnischen Verbandes festzustellen.

Kattowitz und Umgebung

Von der Hauptwahlkommission.

Die „Okręgowa Komisja Wyborcza", Nr. 39, (Hauptwahlkommission), Sitz Kattowitz erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Wahlen für den Sejm werden gemäß Anordnung des Staatspräsidenten vom 3. Dezember 1927 (Dz U. R. P., Nr. 107, Poz. 916) am 4. März, für den Senat dagegen am 11. März 1928 durchgeführt. Gestimmt wird an den beiden vorgenannten Wahltagen durchgehend und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Im Wahlbezirk 39, welcher den Stadt- und Landkreis Kattowitz umfaßt, werden 5 Sejmabgeordnete gewählt. Die Sejmkandidaten im Wahlbezirk müssen dem Vorsitzenden der Hauptwahlkommission spätestens bis zum 3. Februar 1928 schriftlich angegeben werden, während die Anmeldung zwecks Einreihung der einzelnen, vorzulegenden Kandidatenlisten der Bezirke, in die Hauptlisten, seitens der Bevollmächtigten schriftlich und zwar bis spätestens zum 11. Februar 1928 beim Vorsitzenden der Hauptwahlkommission zu erfolgen hat. Bei Einreichung der Listen und Anmeldung der Kandidaten müssen die Vorschriften der Wahlordnung genau beachtet werden.

Die Hauptwahlkommission Nr. 39, Sitz Kattowitz, setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Konrad Wengrowski, Präses des Bezirksgerichts in Kattowitz.

Stellv.-Vorsitzender: Dominik Maciejowski, Richter beim Appellationsgericht.

Mitglieder: Oberstaatsanwalt Dr. Lucjan Gornisiewicz, Kattowitz; Rechtsanwalt Boleslaus Mroczkowski, Kattowitz; Schlossermeister Johann Schmiegel (deutsch), Kattowitz; Bürgermeister Ferdinand Popek, Siemianowitz; Gemeindevorsteher Josef Szeja aus Janow.

Mitgliedervertreter: Gerichtsreferendar Josef Witczak, Kattowitz; Kaufmann Vinzent Czaplicki, Kattowitz; Sekretär Wladislaus Mejowski (dtsch.), Kattowitz; Rechtsanwalt Bruno Kudera, Myslowitz; Gemeindevorsteher Konrad Sitko, Kuntzendorf. Das Lokal der Hauptwahlkommission befindet sich im Gebäude des Zivilgerichts in Kattowitz; Direktionsstraße 1, 1. Stockwerk. Dortselbst werden sämtliche amtlichen, mit den Wahlen zusammenhängenden Arbeiten, einschließlich Feststellung der Wahlresultate vorgenommen.

Zum Schluß wird noch bekanntgegeben, daß im Wahlbezirk der Wojewodschaft Schlesien 4 Senatoren für die Wahl in Frage kommen.

Weihnachtsunterstützungen für die Armen.

Die Auszahlung der diesjährigen Weihnachtsunterstützungen an die Armen von Groß-Kattowitz wird in den einzelnen Stadtbezirken am Donnerstag, den 22. Dezember wie folgt vorgenommen:

Altstadt Kattowitz auf der Mühlstraße 4 Zimmer 1a durch die Stadtschwestern; Bogutschütz-Zawodzie im Rathaus Bogutschütz; Zalenze-Domb im Gemeindehaus Zalenze; Ligota-Brynow im Gemeindehaus Ligota. In den eingemeindeten Ortschaften erfolgt die Auszahlung ebenso wie im Stadtbezirk I durch die Armenschwestern. Die Verteilung beginnt vormittags um 9 Uhr und wird, sofern die Abfertigung am ersten Tage nicht restlos durchgeführt werden kann, am darauffolgenden Freitag fortgesetzt.

Es entfallen als Weihnachtsspende für eine Person 12 Zl., für 2—3 Personen 15 Zloty, ferner für 3 und mehr Personen 20 Zloty. Außerdem erhalten die Armen in den Stadtbezirken II, III und IV zugleich Bons für die Entgegennahme von Kolonialwaren (Reis, Grieß, Zucker, Pflaumen, Pfefferkuchen usw.) entsprechend dem Werte von 5 Zloty. Bei der Zuweisung der Weihnachtsunterstützung werden von den Armenschwestern die Kaufleute namhaft gemacht, bei denen die Einlösung der Bons vorgenommen werden kann.

An die Armen der Altstadt Kattowitz werden keine Bons verabfolgt, dafür jedoch Kolonialwaren (Lebensmittel) durch die Stadtschwestern zugleich bei Zuweisung der Geldunterstützung verteilt.

Zugewiesen wird schließlich an die Bedürftigen ein Kohlenquantum von 10 Zentnern welches durch die Grubenverwaltungen angeliefert wird. Die Kohlenzuweisung erfolgt jedoch nicht an dem gleichen Tage, sondern wird in einem bestimmten Zeittermin durchgeführt. Einem Teil der empfangsberechtigten Personen ist die Kohle bereits zugestellt worden.

Zu bemerken ist noch, daß für die Weihnachtszuweisungen außer den Ortsarmen, welche eine laufende Unterstützung erhalten, nur noch solche Personen in Frage kommen, bei denen nach besonderer Feststellung tatsächlich eine Bedürftigkeit vorliegt. Solche Personen sind besonders registriert worden, so daß sich weitere Gesuche zwecks Gewährung einer Weihnachtsunterstützung als zwecklos erweisen.

Neue Verkehrskarten sind abzuholen. Nach einer Mitteilung des 1. Polizeikommissariats in Kattowitz werden die neuausgestellten Verkehrskarten den Antragstellern nicht in die Wohnung gebracht, wie dies ursprünglich vorgesehen war, sondern sie sind von den Inhabern gegen Rückgabe der alten Verkehrskarte persönlich abzuholen. Im 1. Polizeikommissariat Kattowitz sind bisher 400 Verkehrskarten fertiggestellt und können im Zimmer 19 des Polizeikommissariats auf der Mühlstraße Nr. 4 in der Zeit von 8 bis 15 Uhr in Empfang genommen werden.

Zur Salzmonopol-Affäre. Der sensationelle Prozeß in der Salzmonopolaffäre gegen Gebrüder Garbinski und Mitangeklagte war am gestrigen Montag vor der Strafkammer des Landgerichts Kattowitz wiederum angesetzt, mußte jedoch infolge Nichterscheinen von 14 wichtigen Zeugen auf Antrag des Staatsanwalts bis Monat Januar n. J. erneut vertagt werden. Die Anklage richtet sich, wie bereits kurz berichtet wurde, gegen die Kommissäre Paul Garbinski, Kattowitz, Siegmund Garbinski, Czenstochau, Kaufmann Severin Jakobowitz und den früheren Angestellten der Salzmonopolzentrale, Jakob Koblinz, durch deren betrügerische Manipulationen das staatliche Salzmonopol einen Steuerausfall von 300 000 Zloty aufzuweisen hat. Die Verteidigung der Angeklagten haben Rechtsanwalt Dr Landau — in dessen Vertretung diesmal Rechtsanwalt Dr. Brockmann aus Warschau erschienen ist — sowie Rechtsanwalt Zblislawski, Kattowitz, übernommen.

Ein neuer Fälschertrick. Die Bank Polski teilt mit, daß im Umlauf 20-Zlotyscheine aufgetaucht sind, die an Stelle des Randes mit dem Wasserzeichen einen angeklebten Streifen gewöhnlichen Papiers aufweisen, das entsprechend durchfettet ist, um das Wasserzeichen vorzutäuschen. Es schneiden nämlich Fälscher den Wasserzeichenrand von den echten Scheinen ab und kleben ihn an falsche Scheine an, um diesen ein authentisches Aussehen zu geben, wogegen sie den Wasserzeichenrand der echten Scheine durch gewöhnliche Papierstreifen ersetzen. Da der Wasserzeichenrand ein wesentlicher Bestandteil der Banknoten ist, wird vor Annahme solcher absichtlich beschädigten Banknoten dringend gewarnt.

Königshütte und Umgebung

Die Weihnachtsfeier der Arbeiter-Wohlfahrt.

Unter noch nie dagewesener Beteiligung beging am vergangenen Sonntag, am 18. d. Mts., die Frauengruppe Arbeiter-Wohlfahrt in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß der freien Gewerkschaften die diesjährige Weihnachtsfeier nebst Einbescherung. Der große Saal des Volkshauses vermochte nicht alle Einlaß Begehrenden zu fassen, und so kam es, daß ein großer Teil der Gäste ohne weiteres zurückgeschickt werden mußte. Der Einbescherung voraus ging die eigentliche Feier, welche durch die Kinderfreunde mit einem mustergültig zusammengestellten Programm bestritten wurde.

Eröffnet wurde der Abend mit einem entsprechenden Prolog, vorgetragen von Alfred Kowoll, worauf die offizielle Begrüßung aller Erschienenen durch die Vorsitzende Genossin Kuzella erfolgt, die gleichzeitig allen denen dankt, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben, und wünscht allgemein einen fröhlichen und genußreichen Verlauf der Feier. Das Theaterstück „Weihnachtsopfer" — ein Sinnbild heutiger Wirtschaftsverhältnisse — wurde mit viel Verständnis gespielt, wofür der Applaus wohlverdient war. Gut zum Ausdruck kam ferner das Gedicht „Die vier Jahreszeiten", dem ein von acht Mädels aufgeführter Schleierreigen folgte, der viel Vorarbeit verriet, demgemäß aber auch allgemein befriedigte. Reizend machte sich dagegen das „Püppchen", ein gutes Unterhaltungsstück für ein Kind, von Hildegard Kandora aufgeführt, ihre Rolle war wirklich fehlerfrei gespielt. Dem Zwergen-Tanz der acht Buben gebührt dasselbe Verdienst, wie dem vorhin erwähnten Schleierreigen. — Der nächste Teil des Programms zeigte den unter Leitung des Herrn Kloie stehenden Kinderchor auf der Bühne, der mit zwei Volksliedern erfreute. Es gelangten noch ein Weihnachtsspiel „Weihnachtsfee und Waldgeist", sowie ein Klein-Kinder-Reigen zur Schau, während zum Schluß noch einmal der Kinderchor sein Können zeigte. Die Pausen füllte die Kapelle der Arbeiterjugend aus. — Zweifellos steht fest, daß sowohl die Kindergruppe an sich als auch der Kinderchor in verhältnismäßig kurzer Zeit ganz ungeheure Arbeit geleistet haben und ist beiden für die Zukunft weiteres Blühen zu wünschen.

Nach ordnungsgemäßer Programmabwickelung wurde zum zweiten Akt der vielleicht für einen großen Prozentsatz wichtiger war, zur Einbescherung geschritten. Soweit Mittel zur Verfügung standen, waren Ortsausschuß und Arbeiterwohlfahrt bemüht, nach Kräften zur Linderung der Not beizutragen. Zum erheblichen Teil gelang es, was aus den zufriedenen Gesichtern der Beschenkten zu lesen war. Hierfür gebührt Anerkennung allen denen, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben.

Zu den Sejm- und Senatswahlen. Die Gemeinde Chorzow wurde für die kommenden Sejm- und Senatswahlen in 5 Wahlbezirke eingeteilt. Es umfassen folgende Straßen: Bezirk 1: ulica Krol-Hucka, Sobieskiego, Kalusa; Wahllokal Restaurant Kaczmarczyk, ul. Krol-Hucka 23. — Bezirk 2: ulica Szopena, Slowackiego, Bytomska, Wenzlowiec, plac Piastowski; Wahllokal Restaurant Morcinek, ul. Szkolna 15. — Bezirk 3: ulica Koscielna, Szkolna; Wahllokal Restaurant Dembski, ul. Koscielna 39. — Bezirk 4: ulica Narutowicza, Stickstoffwerke, Dominium, plac św. Jana, Powstance; Wahllokal Restaurant Benke, plac św. Jana 30. — Bezirk 5: Bahnhof, Dworcowa, Krol. Jadwigi, Kolejowa, Krotka, Wolnosci, Lauragrube; Wahllokal Restaurant Michallik, ul. Krol. Jadwigi 19.

Einschätzung zur Einkommensteuer. In den nächsten Tagen werden durch Magistratsbeamte den Hausbesitzern Formulare des Finanzamtes ausgehändigt. Sie müssen zwecks Festsetzung der Einkommensteuer ausgefüllt werden. Hierzu gibt es zwei Formulare, und zwar behält die Hauptliste der Hausbesitzer, die er selbst ausfüllt, und eine Nebenliste, die für die Mieter bestimmt und vom Haushaltungsvorstand auszufüllen ist. Hierbei ist bei der Ausfüllung zu beachten: Die Liste für die Hausbesitzer führt unter Rubrik 1 die Numerierung der Wohnungen, die für Königshütte aber nicht in Frage kommt, unter der Rubrik 2 sind anzugeben Vor- und Zuname des Mieters der Wohnung, Geschäfts usw. am Stichtage, dem 15 Dezember 1927, unter Rubrik 3 die Bezeichnung des Mietsobjektes, unter Rubrik 4 die genaue Adresse des Mieters, falls er nicht in demselben Hause wohnt, unter Rubrik 5 die Höhe der kalendermäßig jährlichen Miete, bzw. der Wert. Auf dieser genannten Liste werden vom Hausbesitzer die einzelnen Mieter aufgeführt. In die Listen, die für den Mieter bestimmt sind, müssen von letzteren eingetragen werden, unter Rubrik 2 Vor- und Zuname aller Personen, die in der betreffenden Wohnung am 15. Dezember gewohnt haben, unter Rubrik 3 Alter der Personen, die vom Familienoberhaupt unterhalten werden müssen, unter Rubrik 4 die Benennung des Berufes der unter der Rubrik 2 angeführten Personen, unter Rubrik 5 die genaue Angabe des Ortes, wo der Beruf ausgeübt wird, unter Rubrik 6 bei Untermietern die Höhe des Mietszinses für das Kalenderjahr. Die Listen sind vom Hausbesitzer links, vom Wohnungsinhaber rechts zu unterschreiben und zur Abholung bereitzuhalten.

Börsenkurse vom 20. 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.91$\frac{3}{4}$ zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213 15 zł
	1 Dollar		=	8.91$\frac{3}{4}$ zł
	100 zł		=	46 92 Rmk.

Vom Roten Kreuz. Kostenlose Rote Kreuz-Tuberkulosen-Fürsorge- und Beratungsstellen befinden sich in Königshütte an der ulica Wandy 68 (Charlottenstraße), Sprechstunden täglich von 8—10 Uhr (Leitung Dr. Spyra); in Bismarckhütte an der ul. Szpitalna, im Revier, Sprechstunden jeden Donnerstag von 12—1 Uhr (Leitung Dr. Mierzowski); in Schwientochlowitz im Landratsamt, Sprechstunden täglich von 8—10 Uhr (Leitung Dr. Hessek); in Ruda, ulica Koscielna, im städtischen Krankenhause, Sprechstunden jeden Mittwoch von 1—2 Uhr (Leitung Dr. Dreks).

Der kürzeste Tag und die längste Nacht. Heute, den 21. Dezember tritt kalendermäßig der kürzeste Tag und die längste Nacht ein Gleichzeitig soll nach dem Kalender der Winter heute seinen Anfang nehmen, was jedoch in der Berechnung festgelegt wurde, in Wirklichkeit aber der Winter schon längst und sogar sehr streng eingesetzt hat. Man ersieht daraus, daß auch in der Natur nicht alles stimmt.

Siemianowitz

1 Million Reingewinn in 2 Monaten, warfen die die vier Gruben, Dubensko, Bahnschacht, Ficinus und Richterschacht ab, nach enormen Abschreibungen. Es sind dies die Monate Oktober und November. Die Klagen des Arbeitgeberverbandes bei den Lohnverhandlungen sind also ziemlich unberechtigt, überhaupt, wenn man bedenkt, was bei einer Bilanz, so alles verschleiert werden kann.

Arbeiterbewegung. In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember wurden auf Richterschächte 50 Mann angelegt. Vom 15. bis 1. Januar 1928 werden weitere 30 Mann eingestellt, desgleichen auf Ficinusschacht. Die Anlegung erfolgt durch Vermittelung des Arbeitsnachweises der hiesigen Gemeinde.

Eine kleine Hoffnung haben endlich die Altpensionäre der Karlshofer Pensionskasse erhalten. Herr Generaldirektor versprach in einer Versammlung der Beamten, den Pensionsfonds baldigst aufzufüllen, was allerdings schon höchste Zeit wäre. Sämtliche in dieser Angelegenheit angestrengten Prozesse der Pensionsberechtigten, hat die Vereinigte bis jetzt verspielt und da will sie wohl jetzt aus der Not eine Tugend machen. Großzügig muß man sein.

Die Jubiläumsuhren der „Vereinigten" werden zu Weihnachten noch nicht verteilt werden können, da bis heut noch gar keine Bestellung aufgegeben worden ist.

Pflichtfeuerwehr. Die Gemeinde legt in Zimmer Nr. 4 Listen der Teilnehmer zur Pflichtfeuerwehr für das Jahr 1928 aus. In der Zeit vom 19. bis 24 Dezember kann jeder [illegible] nehmen und eventuelle Einspruch erheben. Eine Ablösung durch Geld ist möglich.

Unvorsichtig. Beuthenerstraße 38 entstand infolge Unvorsichtigkeit einer Frau ein Stubenbrand. Sie legte Holz zum Trocknen in das Ofenrohr und schloß die Klappen. Das Holz brannte an und beim Oeffnen der Türen schlug bereits die Flamme heraus und entzündete auf dem Ofen liegende Handtücher und Lappen, sowie ebenfalls Holz. Die Frau, welche gerade beim Wäschewaschen war, hatte die Geistesgegenwart den Waschbottich auf das Feuer zu gießen und es auf diese Weise zu löschen.

Wasserkalamität. Seit Wochen leidet die Gemeinde Siemianowitz unter einer dauernden Wasserkalamität, welche krasser auftritt als zu Sommerszeiten. Am letzten Sonnabend floß von früh bis abends kein Tropfen; nur, wenn man kein Wasser benötigt, in der Nacht, gibt es Wasser, desgl. Sonntags. Hoffentlich genügt diese Notiz und erreicht das Wasserwerk Rosaliengrube, um einigermaßen Abhilfe zu schaffen.

Konkurrenzneid. Der Naturheilkundige Be., von der Wandastraße in Siemionowice, war gezwungen, seine Medikamente von einem Kollegen Gr. aus Kattowitz zu beziehen, welcher ihn aber aus Konkurrenzneid falsch bediente. Verschiedene Medikamente schlugen bei den Patienten ungünstig an, und die Polizei war gezwungen einzuschreiten. Be. wurde vorläufig die Ausübung der Praxis gesperrt, während man gegen Gr. in Kattowitz ebenfalls polizeilich vorgeht. Gr. soll flüchtig sein.

1 Jahr Zuchthaus. Durch Zusammenlegung mehrerer Strafen wegen Diebstahl, Körperverletzung und Einbruch wurde ein bekannter Radaubruder, Wilczek Robert, zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Die neuen Verkehrskarten. Die Ausgabe der neuen Verkehrskarten in Schwientochlowitz erfolgt für Personen mit dem Anfangsbuchstaben A bis G am 20 und 21. Dezember in der Zeit von 8$\frac{1}{2}$ bis 13 Uhr. Weitere Ausgabetermine werden noch bekannt gegeben.

Festnahme einer Hehlerbande. Durch die Kriminalpolizei in Schwientochlowitz wurden die beiden Arbeiter Franz K. aus Zgorzchu und Peter R. aus Chropaczow, die in dem Verdacht der Hehlerei stehen, festgenommen. Die beiden Arbeiter werden beschuldigt, Diebesgut zum Schaden der Kaufleute Siegfried Tauber, Königshütte, und Roman Matuli, Bismarckhütte, wissentlich aufgekauft zu haben.

Neue Eisenbahndiebstähle. Wiederum sind in Bismarckhütte große Mengen von Waren aus verdeckten Waggons gestohlen worden, die vor der Güterabfertigung in Bismarckhütte gestanden haben Im Zusammenhange damit hat die Ortspolizei eine ganze Anzahl von Eisenbahnangestellten verhaftet. Es besteht der Verdacht, daß die Diebstähle von einer organisierten Diebesbande verübt worden sind.

Ostpreußens europäische Bedeutung

Der Schaffung einer Ostſtelle bei den oberen Regierungssphären folgt nun glücklicherweise auch eine größere außenpolitische Aufmerksamkeit des Reiches für Ostpreußen, als deren Auftakt der Besuch des Reichsaußenministers in Königsberg wohl mit gutem Recht angesprochen werden kann. Man darf sagen: endlich! Die Vorgänge in Nordosteuropa, die überraschend mit ähnlichen Problemen in Südosteuropa (Albanien, Mazedonien, Saloniki) zusammenfallen, erheben Ostpreußen auf eine vor allem außenpolitisch bedeutungsvolle Stufe. Die neue ostpreußische Problemstellung ist nach der „Beilegung" des Wilnakonfliktes in Genf wesentlich mehr, als eine bloß ostpreußisch-polnische Frage und mehr auch als eine ostpreußisch-litauische. Sie ist, kurz gesagt **das** nordosteuropäische Problem.

Es ist das Unglück der Länder an der Grenze zwischen dem östlichen und westlichen Kulturkreis, daß sie neben ihrer Geschichtsmission auf kulturellem und geistigem Gebiet auch eine wirtschaftspolitische und politisch-strategische Last zu tragen haben, deren Schwere nicht allein auf ihnen liegt, sondern auch auf den größeren und kleineren Nachbarstaaten. Alle Lebensäußerungen der Völker, Staaten, ihrer physikalischen und psychologischen, ihrer materiellen und geistigen Potenzen, kurz alles, was wir Leben nennen, strebt nach Auswirkung einschließlich der guten und schlechten Seiten des Einzelnen. Ständen nicht Woldemaras und die litauische Armee hinter dem Unabhängigkeitswillen Litauens, wer weiß, ob nicht Pilsudski schon heute auch der Herr in Litauen wäre. Aber, daß auch diese Frage der Widerstandsfähigkeit Litauens gegenüber dem machtpolitischen Einfluß Polens noch nicht gelöst ist, dafür zeugt ein von Woldemaras in Paris öffentlich geäußertes Interesse für die Möglichkeiten der **Bildung eines ukrainischen Staates**. Trotzdem er selbst gleich vorsichtig hinzugefügt hat, daß auch in Anbetracht solcher Möglichkeiten die litauisch-polnische Frage noch der wohltemperierten Behandlung bedarf, ist sein „ukrainisches" Interesse doch nicht ganz ohne Sinn für die Wirklichkeit aufgetreten. Schon seit Jahrhunderten eine Brücke zwischen Ost und West, durch den Verkehrsmittelpunkt Wilna auch zum Vermittler zwischen den polnisch-ukrainischen und den baltisch-skandinavischen Sphären geworden, ist Litauen heute mehr als ein bloßer Pufferstaat zwischen den Staaten. Es ist in hohem Maße auch ein Nervenzentrum, dessen Ausläufer weit in die große europäische Politik hineinreichen. In der Wilnafrage haben sich die deutschen Interessen, nicht ganz freiwillig, nach den französischen und englischen richten müssen, weil ihre Sicherung leider sehr erheblich von ihrer Berücksichtigung durch Paris und London abhängt. Der Korridor und das Memelgebiet, beide liegen in der Macht- und Sicherheitspolitik der Entente verfangen. Kommt über sie keine Regelung zugunsten des Reichs und Ostpreußen zustande, so bleibt Ostpreußen nach wie vor isoliert, eine Gefahr, die mit jedem Augenblick anwächst, der ein **Vordringen** Polens nach Litauen zeitigt. Jedoch wenn auch eine **Vereinheitlichung** der polnisch-litauischen Wirtschaftspolitik, der sich zu widersetzen das Moskauer Sicherheitsstreben heute weniger Interesse hat als früher, immer noch von Ostpreußen als Wirtschaftskomplex pariert werden könnte, so greift die Bedeutung einer litauisch-polnischen Vereinheitlichung doch viel weiter ins Gelände hinaus, als nur auf Litauen, Polen, das Memelgebiet, Ostpreußen und Danzig. Libau und Riga konkurrieren als Häfen mit Königsberg, Memel und Danzig. Im Mittelpunkt das Eisenbahnzentrum Wilna mit der Linie nach Kowno, das Herz Polens-Litauens und wenn man will entweder auch Lettlands oder Ostpreußens. Libau beantragt soeben die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen mit der Wilnazone und Riga fürchtet die Konkurrenz Danzigs. Die Strategie Pilsudskis, gefördert durch französische und englische Interessen, erstrebt die **Machterweiterung** auf das weißrussische und ukrainische Hinterland Litauens und auf die Verkehrsverbindung zwischen Rußland und Deutschland über Lettland und Litauen. Kein Wunder also, daß Woldemaras, verschnupft über Litwinows ausdrückliche Zurückhaltung gegenüber Polen im Wilnakonflikt und in den Zwang der drei Westmächte Frankreich, England und Deutschland geraten, die Möglichkeiten der Bildung eines ukrainischen Staates wenn auch nur als **Warnung** an Rußland ventiliert! Er hat dabei sicher noch nicht an eine ukrainische Staatenbildung gedacht, aber auch der Unbeteiligte kennt sowohl aus der Geschichte als auch aus der gegenwärtigen Wirklichkeit die **geopolitischen** Zusammenhänge auf dem Wege zwischen Schwarzem und Baltischem Meer.

So versteht man auch, daß Litwinow und Briand **drei Nichtangriffspakte** im Auge haben, einen mit **Polen**, einen mit **Finnland**, einen mit **Estland**, **Lettland und Litauen**. Ob sich diese Tendenz in der Tat verwirklicht, muß abgewartet werden, aber die „Times" befürchten nicht ohne Grund, daß Frankreich und Rußland sich zu ihrer Verwirklichung finden könnten. Und in der Tat haben Rußland und Frankreich schon immer näher gestanden, als Rußland und England, weil beide, Rußland und Frankreich, einander als Gegengewicht zu Deutschland brauchen, vielleicht auch zu England. Jedoch auch England zögert mit der realen Berücksichtigung der Interessen Deutschlands im Nordosten. Bei dieser Gestaltung rückt Ostpreußens europäische Bedeutung als deutsche Festung und deutscher Wellenbrecher in Nordosteuropa fast schicksalbestimmend in den Vordergrund.

Der russische Generalissimus und Massenschlächter Nikolai Nikolajewitsch Ehrenmitglied eines aristokratischen polnischen Klubs

Wir brachten seinerzeit die Huldigungstelegramme heutiger großer polnischer Patrioten und Minderheitenfresser a la Glabinski, Haller, Grabski, Dmowski, Witos usw., ferner mehrerer polnischer Fürsten, Grafen und Geistlichen (Fürstbischof Sapieha), die sie während des Krieges „huldvoll ergebenst und vor Ehrfurcht ersterbend" an den österreichischen Kaiser bezw. an den Zaren schickten, unter deren Fittichen nach ihrer Meinung anno 1415 das polnische Volk am besten aufgehoben sei. Man lese u. a.:

Telegramm

der Vertreter der polnischen Grundbesitzer von ihrer Versammlung in Wilna an Seine Kaiserliche Hoheit, den Obersten Befehlshaber.

Wilna, 21. August 1914.

Eure Kaiserliche Hoheit! Die in der Stadt Wilna versammelten Polen, Grundbesitzer dieses Landes, erachten es als eine für sie heilige Pflicht, vor Euer Kaiserlichen Hoheit den tiefen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, die Euer Aufruf an die Polen und der Befehl an die Armee, ihre Personen und ihren Besitz zu achten, ausgelöst hat. Indem wir seit vielen Jahrhunderten einen Teil der verschiedenstämmigen hiesigen Bevölkerung bilden, trachten wir mit aller Kraft danach, daß wir auf dem Boden gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung mit den unter dem Zepter des allrussischen Kaisers vereinigten Nationalitäten, mit zur Macht und zum Wohle des Imperiums beitragen können. Wir wagen es, Euerer Kaiserliche Hoheit zu versichern, daß auch wir und unsere unter E. M. Höchstem Kommando kämpfenden Söhne und Brüder uns als würdige Nachkommen der Ritter von Grunwald zeigen und daß wir mit der uns verwandten russischen Nation und der Armee in Opfern und Tapferkeit wetteifern werden, geschart um unseren Monarchen, der die Ihm von der Vorsehung anvertraute Fahne des ganzen Slawentums so hochhält.

Hipolit Korwin-Milewski, Pawel Koncza.
(Unterschriften.)

Ein ähnliches Telegramm folgte am 24. August 1914 seitens der polnischen Großagrarier in Wolhynien an den russischen Generalissimus und Massenschlächter, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, unter dessen „glorreichen" Fahnen Zehntausende Polen ihr Leben für das Wohl Rußlands lassen mußten, bzw. zum Krüppel geschossen wurden.

Man sollte nun meinen, daß sich in gewissen polnischen Kreisen in Hinsicht auf die Russen eine ähnliche Einstellung vollzogen haben müßte, wie auf die Deutschen. Aber man sieht zum größten Erstaunen, daß man zwar die Bolschewisten, die die Unabhängigkeit Polens anerkannt haben, haßt, während man andererseits für die russischen Monarchisten, die nur an ihr früheres großes ungeteiltes Rußland denken, mit größter Sympathie erfüllt ist. Diese Einstellung merkt man überall. Von den Salons der politisierenden „besseren" Gesellschaft bis herunter zum Kabarett. Wehe, wenn hier ein deutsches Couplet ertönt. Dann brüllt es gleich im Chor: „Idz do Brandenburgu, do Berlina!" (Geh' nach Brandenburg, nach Berlin!) Wenn aber ein russisches Chanson offeriert wird, dann dröhnt es von da capo's und bis, daß die Bude wackelt.

Wir sprachen eben vom russischen Ex-Generalissimus Nikolai Nikolajewitsch. Der Mann hat trotz seiner Aufteilungspläne Polens dennoch eine gute Nummer an den Ufern der Weichsel. Vor allem bei den oberen Zehntausend, die auf das dumme Volk, das von ihnen ausgebeutet wird, hochnäsig herabsehen.

Es wimmelt in Polen nach westlichem Muster von Klubs. Mehr oder minder „fürnehmen". Einer dieser „fürnehmsten" ist der „Klub myslivski", der polnische „Jagdklub" in Warschau. Seine Mitglieder gehören fast ausnahmslos der polnischen Aristokratie an, die angeblich, wie in anderen Ländern, auch blaues Blut haben soll. Wie alle Klubs und Vereine, die etwas auf sich halten, gibt auch der „Klub myslivski" Jahresberichte usw. heraus. Natürlich nicht ordinär hektographiert, sondern fein säuberlich abgedruckt. Wer sich nun das Mitgliederverzeichnis dieses Klubs näher ansieht, fällt aus den Wolken. Nicht etwa wegen dieser vielen fürstlichen und gräflichen Titel, die es heute noch in der demokratischen Republik gibt und deren Träger bloß bedauern, daß sie ihren Stammbaum nicht noch in weiter entfernt liegende Zeiten zurückverfolgen können, wie es der selige Darwin fertig gekriegt hat. Nein, man fällt wegen ganz anderer Dinge aus den Wolken. Der Klub nämlich, der die Elite des Volkes und die Creme der Gesellschaft repräsentieren will, dessen Mitglieder sich in nationalen und sonstigen Fragen als führend dünken, hat auch Ehrenmitglieder. Wieso auch nicht? Wenn man sich aber die erste Seite der gedruckten Mitgliederliste für das Jahr 1927 ansieht, dann springt einem ein Name in die Augen, den nicht nur Millionen Russen, die im Kriege zur Schlachtbank geführt wurden, verflucht haben, sondern auch Millionen Polen. Man liest nämlich unter den Ehrenmitgliedern in fettem Druck: Nikolai Nikolajewitsch.

Der russische Großfürst a. D., der zaristische Generalissimus und Massenschlächter — Ehrenmitglied eines aristokratischen polnischen Klubs 10 Jahre nach der Hinwegfegung der russischen Monarchie und im neunten Jahr des Bestehens der Republik Polen!

Difficile est, satiram non scribere (Es ist schwierig, eine Satiere nicht zu schreiben).

O Jerum.

Der neue französische Kommunismus

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, 17. Dezember 1927.

„Die bisherige kommunistische Taktik war ganz falsch". Dieser Satz stammt nicht aus einer bösen Sozialistenzeitung, sondern er steht mit ausführlicher Begründung zu lesen in dem Pariser Kommunistenblatt „Humanitee" vom 12. Dezember. Wieder einmal steht man vor einem Bankrott der Parolen, die von den kommunistischen Führern Frankreichs in den letzten Jahren ausgegeben wurden, und so sieht man erneut die Notwendigkeit, den französischen Kommunismus anders aufgeputzt aufzuziehen.

Die Wahlen nahen, und da wissen die französischen Kommunisten recht gut, daß sie mit ihren bisherigen Methoden krank und gebrochen aus dem Wahlkampf hervorgehen würden. Seit Litwinow nach Genf gegangen ist, müssen sich die französischen Kommunistenführer eine an Verzweiflung grenzende Mühe geben, um ihren Anhängern klar zu machen, daß man den Völkerbund gleichzeitig prinzipiell in Grund und Boden verdammen und an ihm praktisch mitarbeiten kann, ohne dabei etwas von der prinzipiellen Einstellung aufzugeben. Angesichts dieser verschobenen Rätsellösungen fliehen die Mitglieder aus der Partei, und so sind die Führer selbstverständlich gezwungen, ein neues Programm zu verkünden und vom alten so weit wie möglich abzurücken. Das Zentralkomitee der französischen kommunistischen Partei hat darüber einen langen Brief an alle Parteigruppen im Lande gerichtet, und nun ist es die Aufgabe der „Humanitee", dieses Schreiben in ihrem Sinne klarzumachen, weil das Erstaunen der Ortsgruppen über die Schwenkung des Zentralkomitees gar zu groß ist, andererseits aber Erwiderungen nicht stattfinden dürfen, weil in der kommunistischen Partei wirkliche Meinungsfreiheit abgeschafft ist. Nach einigen Seitenhieben gegen Trotzki und dessen Politik, die nun plötzlich, gemäß Moskaus Wünschen, imperialistisch und konterrevolutionär genannt wird, schlägt das kommunistische Zentralkomitee für die Neuwahlen vor:

1. Die kommunistische Partei wird gegenüber den Kandidaten der „Radikalen Partei" ebenso wie gegenüber denen der Reaktion ihre eigenen Parteianhänger beim ersten wie beim zweiten Wahlgang aufrecht erhalten. Sie wird nicht bei einer Stichwahl für den Vorsitzenden der „Radikalen Partei", Daladier, gegen Poincaree oder für Painlevee gegen den Vorsitzenden des Nationalen Blocks, Maginot stimmen.

2. Die kommunistische Partei wird sogleich der sozialistischen Partei offiziell die Bildung eines „Arbeiterblocks" für den zweiten Wahlgang vorschlagen, damit dabei stets die Sozialisten und Kommunisten gegenüber einem bürgerlichen Kandidaten geeint marschieren. Die Vorbedingung dafür muß die Aufstellung eines Minimumprogramms der beiden Parteien sein.

3. Die kommunistische Partei erklärt, daß sie für den Fall einer Zurückweisung dieses Vorschlages sich das Recht vorbehält, gegen alle Sozialisten, welche zusammen mit der Demokratie gegen den Kommunismus hetzen, einen kommunistischen Kandidaten selbst beim zweiten Wahlgang bestehen zu lassen.

Dieser Brief ist wieder einmal ein Meisterwerk von Verdrehungskunst. Der zweite Punkt schwebt in der Luft und fliegt fort mit den Wolken. Denn die sozialistische Partei hat längst erklärt, daß sie sich stark genug fühlt, um mit keiner ihrer Nachbarparteien ein Mindestprogramm gemeinsam auszuarbeiten. Sie wird „mit entfalteter Fahne" in den ersten Wahlgang gehen, ohne sich dabei mit späteren Anschlußgedanken für den zweiten Wahlgang vorzeitig zu beschweren. Ferner sind die kommunistischen Vorschläge ein glänzendes Programm für Blinde. Denn jeder Sehende muß sich sagen, daß der Führer der „Radikalen Partei", Daladier, der auf dem linken Flügel seiner Partei steht und in der Kammer gegen das Kabinett Poincaree mit großer Zähigkeit kämpft, doch immer annehmbarer für die Sozialisten ist als ein aussichtsloses Aufstellen eines Arbeiterkandidaten für den zweiten Wahlgang, weil solche Stimmenzersplitterung dann nur einem Mann der finsteren Reaktion zugute kommen kann.

„Unser Zentralkomitee beschränkt sich auch nicht darauf, in seiner Stellungnahme zu den bürgerlichen Gerichten die Irrtümer seiner bisherigen Politik kritisieren", heißt es schließlich in der „Humanitee". Sie empfiehlt nun auch da eine neue Taktik: „Nicht nur Verdammung der Irrtümer, sondern Krieg gegen die bürgerliche Gesetzlichkeit durch Erklärung und Enthüllung ihres Klassencharakters". Diese Erklärung, welche die Kommunisten auch noch „Enthüllung" nennen, hatten sie nämlich bisher immer der sozialistischen Partei überlassen!

Kurt Lenz.

Strafantrag eines Wehrministeriums

Eine nicht unwahrscheinliche Begebenheit.

Das war wieder einmal ein gefundenes Fressen für die Herren Offiziere im Wehrministerium. In einer der sozialistischen Zeitungen, die man jeden Tag mit Eifer auf anstößige Aufsätze über die Wehrmacht durchsah, vor allem jetzt um die Weihnachtszeit, wo zahlreiche Artikel wider das Soldatenspiel erschienen — in einem dieser roten Blätter also hatte man endlich wieder einmal einen bedenkenerregenden, das Soldatentum beleidigenden Beitrag aufgestöbert. Zwar eine direkte Beleidigung des Heeres, seiner Offiziere und Mannschaften, war in ihm nicht ausgesprochen, aber das war ja nicht nötig. Sie würde herausgeholt werden. Darin hatte man Routine, wie der im vorigen Sommer aufsehenerregende Beleidigungsprozeß gegen eine sozialdemokratische Provinzzeitung zur Genüge bewiesen hatte.

Auch der Leiter des Ressorts für Beleidigungsangelegenheiten, einer der meistbeschäftigten Offiziere des Ministeriums, schnarrte voll Genugtuung, als ihm der anstößige Beitrag vorgelegt wurde. „Diese Sauferls, diese Sauferls! Aber wir werden sie schon kriegen!" Er las den auf weißem Bogen sauber aufgeklebten und schon mit Aktennummer versehenen kurzen Zeitungsausschnitt ein zweitesmal und jetzt laut:

Soldatenspiel ist Mordspiel!

Aus dem Brief einer deutschen Mutter an ihren Sohn.

Lieber Sohn! Alles was ich dir zu gefallen thun kan, geschieht gern und macht mir selbst Freude — aber eine solche infame Mordmaschine zu kaufen — das thue ich um keinen preiß — wäre ich Obrigkeit die Verfertiger hätten an Halseisen gemußt — und die Maschine hätte ich durch den Schinder öffentlich verbrennen lassen — was! die Jugend mit so was abscheuliches spielen zu lassen — ihnen Mord und Blutvergießen als einen Zeitvertreib in die Hände geben — da wird nichts draus.

„Hm — eine sonderbare Schreiberei, aber geschickt haben sie es gemacht, die Kerls — was?"

Der berichtigende Offizier bestätigte.

„Ja, wirklich schlau, in diesem Stil, so ohne direkte Bezugnahme auf uns, und auch sonst so intim persönlich gehalten. Doch, wie gesagt, eine wunderliche Schreibart, sehen sie bloß die Orthographie! Daß man so was druckt!"

„Aber lassen wir das. Den Tatbestand der Beleidigung werden wir schon herauszulesen wissen. Nicht? — Durchdenken Sie es einmal und machen Sie dann gleich die Klageschrift fertig. — Auch eine kurze Notiz können Sie schreiben, — ich meine für die Presse. — Sie wissen schon an welche. Die demokratische Presse lassen wir!"

Wie es angeordnet war, so geschah es. Der Tatbestand der Beleidigung wurde gefunden. Wenige Tage vergingen, und in den Blättern der Rechten erschien eine kommentierte Notiz des Inhalts, daß vom Wehrministerium gegen die sozialdemokratische Zeitung von L. ein Prozeß wegen Beleidigung des Heeres angestrengt worden sei. Die Bemerkungen der Zeitung waren die üblichen. Die Verunglimpfung der Soldaten durch die sozialistische Presse sei bald nicht mehr ertragbar. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit werde vor Kindern das ehrliche Handwerk und die vaterländische Pflicht des Soldaten in jeder Form und Tonart herabgemindert und verunglimpft. Einige Zeitungen begrüßten das entschiedene Vorgehen des Wehrministeriums ganz besonders.

Im Ministerium selbst erweckte dieser Widerhall große Freude, und die Pressejäger spürten mit noch gesteigertem Eifer durch den sozialistischen Blätterwald, in der Hoffnung, neues Wild zu stellen. Dieser Eifer wurde jäh gestoppt, als man in den nächsten Tagen den gefahndeten und zum Staatsanwalt gesandten Beitrag in großer Aufmachung fett gedruckt und stark umrandet und diesmal sogar gezeichnet, in fast jedem Blatt der sozialistischen Presse und sogar in zahlreichen linksbürgerlichen Blättern abgedruckt fand.

Eine Ahnung dämmerte in den Köpfen der eben noch so fröhlich sicheren Jäger, daß man eine Dummheit geschossen haben müsse. „Frau Aja? — Wissen Sie, wer Frau Aja ist?" fragte man sich gegenseitig, denn mit diesem Namen war der berüchtigte Beitrag gezeichnet.

Man wußte es nicht. Auch im Verzeichnis heimlich zu überwachender pazifistischer Schriftsteller fand man den Namen nicht, von dem man annahm, daß er ein Pseudonym sei. Doch die Aufklärung ließ nicht mehr lange auf sich warten. Ein Schreiben der Staatsanwaltschaft traf ein. Der Klage könne nicht stattgegeben werden, Frau Aja sei Frau Goethe, die Mutter des großen deutschen Dichters. Der Beitrag sei einem Briefe Frau Ajas an ihren Sohn entnommen.

Der vorgesetzte Offizier war wütend.

„Diese verfluchten Klassiker! Und obendrein auch noch diese ganz persönlichen Familienbriefe!“

Schon in den nächsten Tagen aber vermehrte sich die Dienstbibliothek des Wehrministeriums durch den Ankauf sämtlicher deutschen Klassiker. Ein junger, der Poesie beflissener Offizier wurde beauftragt, die Bücher gründlich durchzulesen und alle bedenklichen Stellen herauszuschreiben.

„S'ist doch unglaublich, was man damals alles schreiben durfte!“ Verärgert murmelte es der die Order ausgebende Beleidigungsoffizier vor sich hin. **Karl Ullrich.**

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Friedenshütte. Auf Veranlassung des Bibliothekars wird den Lesern unserer Ortsgruppe an dieser Stelle nochmals bekannt gegeben, daß der Austausch der Bücher nur an jedem 1. und 15. stattfindet, damit ein geregelter Bücheraustausch zustandekommt. Dadurch, daß vierzehntäglich gewechselt wird, bietet sich eine größere Auswahl. Die Bücher dürfen nicht länger als 14 Tage behalten werden, doch kann die Frist beim Bücherwart verlängert werden. Im Verstoßfall steht dem Bibliothekar das Recht zu, eine Strafe von 10 Groschen pro Buch zu erheben. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Mitglieder eine monatliche Lesegebühr von 5 Groschen zu entrichten ist. Daß die Bücher wieder in sauberem Zustande zurückgebracht werden, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Im übrigen wird gehofft, daß die Kollegen von Friedenshütte an den kommenden Vorträgen des 2. Halbjahres sich wieder so zahlreich beteiligen werden, wie bis jetzt.

Versammlungskalender

Kattowitz. „Die Naturfreunde“ halten am Mittwoch, den 21. Dezember, abends 7½ Uhr, im Saale des Zentralhotels eine Weihnachtsfeier mit anschließendem heiteren Teil ab. Alle Mitglieder werden gebeten, pünktlich daselbst zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Das Universal-Denkmal.

Dem polnischen Innenminister wurde vor kurzem der folgende merkwürdige Vorschlag eines Warschauer Bildhauers unterbreitet: Es solle auf einem Platze der polnischen Hauptstadt ein sog. Universaldenkmal aufgestellt werden. Dieser Vorschlag fußte darauf, daß ein feststehender Rumpf den Sockel des Monumentes ziere, an dem jedoch der Kopf nur provisorisch zu befestigen wäre und auswechselbar sein müsse. Der Bildhauer ging davon aus, daß heute Herr X. der Mann des Tages sei, dem ein Denkmal gebühre, morgen wäre aber der Mann vergessen und neuen Koryphäen würde dann von der Allgemeinheit gehuldigt. Dem Volke müßte Gelegenheit gegeben werden, unter Vermeidung großer Kosten aktuelle Berühmtheiten zu ehren. Als Belohnung bedang sich der Antragsteller aus, daß sein Kopf während eines Zeitraumes von acht Monaten als erster das Universaldenkmal ziere. Das Letzte scheint dem Antragsteller die Hauptsache zu sein.

Neuer Frauenberuf.

Der neueste Frauenberuf war bis vor wenigen Tagen der der Reiseführerin. Die Idee, Gesellschaftsreisen von Damen geleiten zu lassen, ist amerikanischer Herkunft. Doch der Fortschritt schreitet nach Karl Krauß so schnell, daß er sich selbst auf die Fersen tritt. Schon gibt es einen allerneuesten Beruf für Frauen und auch er stammt aus U. S. A. Es ist der Beruf der — Namensgeberin. Miß Laura Lee Rogers hat die Beobachtung gemacht, daß die meisten Menschen falsch, zu ihnen nicht passende Vornamen führen, daß Villen, Restaurants und sonstige Etablissements zumeist unmöglich benannt sind, daß viele Bücher an kraftlosen Titeln kranken, daß geliebte Haustiere, als da sind Angorakatzen, Rassepferde, Luxushunde durch Kosenamen verunziert werden, die zu ihrem Charakter nicht passen. Auf gut Deutsch: ein Hüne darf nicht Peperl heißen, ein Kanarienvogel nicht Don Cäsar. Bücher, Hotels, Bars, Kinos, Tanzpaläste müssen richtig knallende Namen führen, um Beachtung zu finden. Es werden ja Preisausschreiben erlassen, um schlagende Bezeichnungen für Zigarettensorten, Parfüms usw. zu finden. Rasch entschlossen ließ sich Miß Rogers Inserate in etliche Zeitungen einrücken, mittels welcher sie ihren untrüglichen Instinkt für die garantiert zweckdienliche Taufe belebter und unbelebter Wesen und Dinge empfahl. Der Erfolg war verblüffend. Aus allen Teilen Nord- und Südamerikas, ja sogar aus Europa, kamen Aufträge. Miß Rogers schickt einige Vorschläge zur Auswahl. Nicht Zusagendes wird anstandslos zurückgenommen.

Die wandernden Namen unserer Kleidungsstücke.

Glücklich der Mensch, der weiß, was er spricht! Das ist gar nicht so leicht, wie es aussieht. Von dem einfachen Wort „Kleid“ ist es bisher noch nicht gelungen Geschichte und Ausbreitung aufzuhellen, und das Gleiche müssen die Philologen von den Wörtern „Rock“ und „Hose“ bekennen. Dagegen ist der **Frack** ein dankbares Objekt für die Etymologie. Das französische „froc“ ist unser Frack und bedeutet Mönchskleid. Einen „romantique defroque“, einen treulosen aus der Kutte gesprungenen Romantiker hat man Heinrich **Heine** genannt. Die provencalische Form floc läßt die Grundbedeutung: „Gewand aus flockigem Stoffe“ deutlich erkennen. Zum Frack gehört die weiße **Krawatte**, deren sprachlicher Ursprung gleichfalls überraschend genug ist. Die Halsbinde der kroatischen Reiter, deren nähere Bekanntschaft man zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges machte, ist die Vorgängerin unserer eleganten „Selbstbinder“. Zum Frack, als einem Festkleid, gehören eigentlich auch — Pumphosen, denn sie wurden zum Pompe bei festlichen Gelegenheiten getragen. Wie wenig wir den ursprünglichen Sinn selbst der Worte, die wir im täglichen Leben immer gebrauchen, kennen, erhellt aus den Wörtern **Jacke**, **Joppe**, **Paletot**. Die Joppe geht zurück auf das arabische al-gubbah und bedeutet baumwollenes Unterkleid. Unsere Jacke bringt man — wohl nicht ganz mit Unrecht — zusammen mit der „Jacquerie“, dem Aufstande der französischen Bauern, besonders in der Umgegend von Beauvais vom Jahre 1358, in dem die Leute langgeschnittene Röcke (jacques) trugen. Der Paletot heißt eigentlich Paletoc (spanisch: palletoque) und ist der technische Ausdruck für den langen Hirtenmantel. Unser **Mantel** ist entstanden aus dem lateinischen mantelum, das aber ursprünglich Handtuch oder Serviette bedeutet. Auch die als trocken verschriene Sprachwissenschaft hat ihre heiteren Seiten. Manches humoristische Licht können wir aufstecken, wenn wir der Geschichte eines Wortes nachgehen. Klingt es nicht wunderlich, daß der **Stiefel** mit „aestivalis“ (sommerlich) zusammenhängt? Er ist also ein aus leichtem Leder bestehender Sommerschuh. Das scheinbar gute deutsche Wort **Mütze** entstammt dem arabischen almucia. Den **Zylinder** hat uns Amerika beschert. Benjamin Franklin soll ihn 1778 zuerst in Paris als Gesandter getragen haben. Echt deutschen Ursprungs ist wenigstens **ein** Stück unserer Kleidung und das ist das **Hemd**. Es hängt mit — Himmel zusammen. Wie der Himmel die Hülle der Erde, so ist das Hemd die Hülle des Körpers. Gerade an den Ausdrücken für unsere Kleidung läßt sich am amüsantesten erkennen, wie Wörter **werden** und **wandern**, ein Thema, über das sich vieles Interessantes sagen läßt.

Die Trauung des sterbenden Räuberhauptmanns.
Der letzte Wunsch des Bandenführers.

Im städtischen Krankenhaus in Theresiapol fand am Sonntag eine interessante Heirat statt. Der berüchtigte Räuberhauptmann Iwan Brzakowic wurde auf dem Sterbebett mit seiner Geliebten Therese Mezey getraut. Iwan Brzakowic hatte u. a. mit mehreren Komplicen einen Gastwirt ermordet und fünf Personen schwer verletzt. Später hat er noch einen Gendarmeriefeldwebel getötet. Als die Gendarmerie von seinem Aufenthaltsort erfuhr, drang sie in das Haus ein, um den Verbrecher festzunehmen. Dieser begann aber auf die Gendarmen zu schießen, bis man ihn, tödlich verletzt, verhaften konnte. Da er sein Ende nahe fühlte, gestand er seine Missetaten ein und äußerte den Wunsch, mit seiner Geliebten getraut zu werden. Therese willigte ein, worauf die beiden zivilrechtlich getraut wurden. Unmittelbar nach der Zeremonie starb der Räuberhauptmann.

½ Million für einen Hund.
„Peter der Große“ im Film.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, verurteilte der Oberste Gerichtshof in Los Angelos einen reichen Grundbesitzer aus Hollywood zur Zahlung von einer halben Million Mark wegen Erschießung eines unter dem Namen „Peter der Große“ im Film viel verwendeten deutschen Schäferhundes. 400 000 Mark setzte das Gericht als Wert des Hundes fest, und weitere 100 000 Mk. sind als Schadenersatz zu leisten.

Schwarzes Bad.

In Amerika ist der Neger nach wie vor nicht gesellschaftsfähig, obgleich der Rhythmus seiner Musik und sein Tanz sich die vornehmsten Salons erobert haben. Kein Vollblutamerikaner will in einem Restaurant seine Mahlzeit einnehmen, das auch von Negern besucht wird. Baden in dem gleichen Seebad . . . .? Unmöglich! Die Emanzipationsbestrebungen der schwarzen Rasse sind nicht jüngsten Datums. Zu den Schulen, Speiseanstalten usw., die nur von Schwarzen frequentiert werden, hat einer der Vorkämpfer für die Gleichberechtigung seiner Rasse, Mister Garvey, jetzt ein Seebad gegründet. Bar Karbor genannt, dessen schöner Strand am Ufer des Ozeans nur von Schwarzen besucht werden darf. Einige Weiße, die sich das Konkurrenzunternehmen einmal in der Nähe anschauen wollten, wurden zum Rückzug genötigt. Wie du mir, so ich dir. Reinliche Scheidung im Bade. Jedem sein Wille und seine Welle.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: **Josef Helmrich** wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: **Anton Rzyttki**, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Werbet ständig neue Leser für den „Volkswille“!